



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 261

Montag, 7. November 1927

34. Jahrgang

Gilbert und Köhler

Der Schriftwechsel mit dem Reparationsagenten

In dem Schriftwechsel zwischen dem Agenten für Reparationszahlungen Parker Gilbert und dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler — der am Sonnabend veröffentlicht worden ist — steht im Grunde genommen nichts anderes als die Wirtschaftspolitik der Reichsregierungen aus den letzten Jahren zur Debatte. Die Situation ist durchaus eindeutig. Mit dem Dawesplan hat Deutschland, mit Einschluß der Deutschnationalen, internationale Zahlungsverpflichtungen anerkannt und übernommen. Aufgabe des Reparationsagenten ist es, darüber zu wachen, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt. Zahlen — und Parker Gilbert versteht in seinem Schreiben unter Zahlen auch die Transferierung der Zahlungen — kann Deutschland nur, wenn es vernünftig wirtschaftet.

In dieser Hinsicht stellt aber der Agent für Reparationszahlungen in seinem Schreiben fest, daß die vom Reich und allen öffentlichen Organen ergriffenen Maßnahmen die günstigen Wirkungen der Rationalisierung

zunichte gemacht

haben. Die Tendenz höherer Preise bestehe bereits und zwar zum Teil als Ergebnis der hohen Zölle auf die Importe zahlreicher Haupterzeugnisse. Sie würde eine beträchtliche Steigerung erfahren, wenn, wie es jetzt wahrscheinlich scheint, die Vorschläge der Reichsregierung bezüglich der Gehaltserhöhung einmal zu Forderungen nach ähnlichen Erhöhungen im allgemeinen Wirtschaftsleben und schließlich zu erhöhten Eisenbahntarifen usw. führen sollten. Offenbar wohne allen diesen Entwicklungen die Tendenz inne, die Kosten der Erzeugung zu steigern und so die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, in einen Wettbewerb um möglichst hohen Export einzutreten, zu verringern.

Gilbert sieht die Lage durchaus richtig an. Wenn er aber in seiner Analyse des deutschen Wirtschaftslebens und der deutschen Wirtschaftskonjunktur in der Wirtschaft der Gemeinden und der Länder, kurz gesagt, der Wirtschaft der öffentlichen Hand, den Stein des Anstoßes sieht, so kann man dem nicht zustimmen. Die Tendenz der Preissteigerung, auf die Gilbert in seinem Memorandum immer wieder verweist, hat wesentlich andere Ursachen. Sie wurzelt schließlich darin, daß die Wirtschaftspolitik des Reiches in den letzten Jahren durchaus zutreffend gewesen ist. Man hat z. B. den Wünschen der Interessenten bei der Zollerhöhung nachgegeben. Man hat es veräumt, der industriellen Zusammenballung, einem bestimmten Teil der Rationalisierung, jene Form zu geben, die eine preislenkende Wirkung der ganzen wirtschaftstechnischen Umstellung bei uns hätte garantieren müssen (Kartellpreis). Vor allen Dingen aber hat man die großzügigen Kapitalneubildung zum Schaden der Belegung unserer Wirtschaft auf Grund einer großzügigen Umfinanzierung überspannt. Die Folgen sind bestimmt Gefahren für unsere Wirtschaft.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler ist diesem Problem in seinem Antwortschreiben aus dem Wege gegangen. Es ist abzuwarten, ob Parker Gilbert sich von den Köhlerschen Darlegungen befriedigt fühlt. Für uns heißt es aber, im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues, den Kampf gegen die falsche Wirtschaftspolitik des Reiches mit verdoppelter Energie weiterzuführen.

Aus dem Wortlaut

Berlin, 6. November

Die Reichsregierung hat am Sonnabend das Schreiben des Generalagenten für Reparationszahlungen an den Reichsfinanzminister vom 20. Oktober 1927 und das Antwortschreiben des Reichsfinanzministers an den Reparationsagenten veröffentlicht. Das Schreiben des Reparationsagenten geht ausführlich auf die Finanzpolitik des Reiches, auf das Finanzwesen der Länder und Gemeinden und auf die deutsche Kredit- und Währungs politik ein.

In seiner Betrachtung über die Finanzpolitik des Reiches bemerkt der Reparationsagent, „daß in Deutschland die Verantwortung für die Steuererhebung und die öffentlichen Ausgaben immer unklarer wird. Abgesehen von den erhöhten Ueberweisungen des Reiches an die Länder und Gemeinden, treten die Gemeinden mit neuen Forderungen auf noch größere Zahlungen zur Bestreitung der ständig wachsenden Ausgaben hervor. Das Reich selbst hat die Verwirrung noch erhöht, indem es neue Vorschläge auf Verausgaben, welche die Etats der Länder und Gemeinden noch weiter belasten, veranlaßt hat. „In diesem Zusammenhang verweist der Reparationsagent auf die Vorschläge der Regierung zur Erhöhung der Beamtengehälter. Er bemerkt dazu, daß diese Vorschläge „auf der weitesten Grundlage und in einer Form erfolgt sind, bei der die höchste Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß sie für die allgemeine

Wirtschaft im Reich ernsthafteste Folgeerscheinungen zeitigen werde.“ Was das Liquidationsgesetz anbelangt, so dürften neue Ausgaben in Höhe von 1000 Millionen Reichsmark erforderlich sein, ohne daß man sich darüber klar sei, „welche Mittel der Finanzierung verwendet werden sollen oder inwieweit mit den beabsichtigten Zahlungen der Etat belastet wird.“ Soweit das Schulgesetz in Frage kommt, wird in dem Schreiben darauf verwiesen, „daß man sich anscheinend bisher um die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes wenig gekümmert hat.“ Länder und Gemeinden könnten die durch das Schulgesetz entstehenden zusätzlichen Ausgaben aus ihren eigenen Hilfsquellen nicht bestreiten und benötigten deshalb weitere Geldmittel vom Reich.

In einem Schlußwort faßt der Reparationsagent seine Auffassung wie folgt zusammen: „Es darf nicht überraschen, wenn außenstehende Beobachter den Schluß ziehen werden, daß die im letzten Jahre befolgte Finanzpolitik Deutschlands nicht im Interesse von Deutschlands Reparationsverpflichtungen lag. Allerdings sind die Zahlungen Deutschlands durch verpfändete Einnahmen und andere besondere Sicherheiten völlig gesichert. Aber die Verantwortung der Reichsregierung endet nicht mit den internen Zahlungen. Der Sachverständigenplan hat klar erkannt, „daß das Transferproblem weitgehend von außerhalb der Einflussmöglichkeit des Komitees liegenden Voraussetzungen bestimmt werden würde.“

Parker Gilbert hat damit der Reichsregierung eine sehr bestimmte unrichtige Verantwortung auferlegt. Auf der Reichsregierung muß die Verantwortlichkeit für eigene Handlungen ruhen bleiben, die

durch übermäßiges Anspornen der Einfuhren und durch Behinderung der Ausfuhren

künftig darauf ausgehen, die Transfermöglichkeiten zu beschränken.“

Das Antwortschreiben des Finanzministers

In seinem Antwortschreiben an Parker Gilbert stellt der Reichsfinanzminister fest: „Die Reichsregierung hat seit dem Inkrafttreten des Planes alles getan, was in ihrer Macht stand, um den Zahlungen aus dem Plan den Charakter der vertraglich übernommenen Leistung zu erhalten. Keine Leistung ist unterblieben, keine Verpflichtung unerfüllt gelassen worden. (Das sagt eine Regierung, in der vier deutschnationalen Minister sitzen. Red.) Die Erprobung des Sachverständigenplanes auf gleicher Grundlage weiterzuführen, wird Ziel auch der künftigen Zusammenarbeiten zwischen der Reichsregierung und den Instanzen der Gläubigerländer sein müssen.“

Das Memorandum geht dann ausführlich auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands ein und weist auf die Maßnahmen der Reichsregierung hin, die Wirtschaftsbilanzen in Ordnung zu bringen. Die Höhe der Auslandsverschuldung wird, unter Hinweis auf die Größe der dafür verpfändeten Werte und Produktivität der dafür geschaffenen Anlage nicht als beunruhigend bezeichnet. Hinsichtlich der passiven Außenhandelsbilanz stellt der Reichsfinanzminister fest, daß es wichtigste Aufgabe der Reichsregierung ist, durch Steigerung der Intensität der Landwirtschaft die Notwendigkeit der Nahrungsmittelzufuhr zu vermindern. Ueber das Preisproblem wird gesagt, daß die erzeugte Gütermenge verhältnismäßig stärker angewachsen ist als die Preise gestiegen sind. Weiter wird die Preissteigerung des Jahres 1927 zu einem erheblichen Teil daraus erklärt, daß wesentliche, bei der Bildung des Index berücksichtigte Waren auf dem Weltmarkt eine Preiserhöhung erfahren haben. Die Darlegungen schließen mit dem Hinweis auf die Maßnahmen der Reichsregierung zur Förderung des Exports, auf die Aktion einer autonomen Zollsenkung und den Abschluß des deutsch-jugoslawischen und deutsch-französischen Handelsvertrages. Sozialpolitische Ausgaben werden damit gerechtfertigt, daß sie der Erhaltung und Stärkung der deutschen Arbeitskraft dienen.

Bezüglich der Entwicklung der Reichsfinanzen wird festgestellt, „daß die Steigerung der Gesamtausgaben in der

Zeit von 1925 bis 27 in der Hauptsache auf erhöhten Reparationszahlungen, auf Kosten der Sozialversicherungen und der Erwerbslosenfürsorge, auf Versorgung der Kriegsbeschädigten und auf Vermehrung der Reichsschulden beruht.“ Die Ausgabensteigerung bei den gesamten Posten macht über 1500 Millionen Reichsmark aus, also mehr, als die Steigerung der Gesamtausgaben nach Abzug der Ueberweisungen beträgt. Der ordentliche Haushalt für das Jahr 1928, der allein 400 Millionen Mark Mehrleistungen für Reparationen tragen muß, ist — wie der Reichsfinanzminister versichert — nach Gesichtspunkten strengster Sparsamkeit aufgestellt. Fortschreitenden Ausgabenerhöhungen will er wirksam entgegenreten. Bezüglich des außerordentlichen Haushalts verkennt das deutsche Memorandum nicht, „daß er eine schwere Sorge für die weitere Finanzgebarung ist.“ Es ist aber inzwischen — so heißt es weiter — die Aufgabe in Angriff genommen worden, die Ausgabenposten zu liquidieren und den noch ausstehenden Teil dieser Ausgaben einer genauen kritischen Sichtung zu unterziehen und zu einem Teil abzubauen. Soweit das nicht möglich ist, hält der Reichsfinanzminister es für angebracht, die tatsächlichen Ausgabenprogramme planmäßig in einem so verlangsamten Tempo abzuwickeln, daß der Einklang mit der Finanzlage und dem Kapitalmarkt erreicht wird.

In bezug auf die Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hand wird darauf verwiesen, daß die Länder und Gemeinden in Deutschland wichtige wirtschaftliche Aufgaben erfüllen. Eine unmittelbare Kontrolle jedoch der Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden zum Zwecke der Prüfung der gesamten finanziellen Verhältnisse steht nach Dafürhalten des Finanzministers auf Schwierigkeiten, „die in der Vielgestaltigkeit der in Betracht kommenden öffentlichen Verwaltung und in der Vielgestaltigkeit der zu berücksichtigenden wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Faktoren liegen.“ Die Reichsregierung erkennt es aber als ihre Aufgabe an, „dieses schwierige Problem bald einer befriedigenden, dem wohlverstandenen Wiederaufbau und dem Gesamtinteresse Deutschlands Rechnung tragenden Regelung zuzuführen.“

Ein großer Teil der Ausführungen des Memorandums ist der Besatzungsreform, dem Liquidationschäden- und dem Reichsschuldengeheimnis gewidmet. Während die Besatzungsreform als staatspolitische Notwendigkeit gekennzeichnet wird und nur die Einlösung eines von den verschiedenen Regierungen gegebenen Versprechens an die Beamtenschaft bedeute, „sei mit dem Kriegsschadenschuldengeheimnis eine ungehörliche Inanspruchnahme weder des Kapitalmarktes noch der Steuerzahler beabsichtigt. Lediglich, soweit die vorgesehene Heranziehung wichtiger Vermögenswerte des Reiches (Verkaufserlös der Vorkriegsaktien der Reichsbahngesellschaft) nicht zum Ziele führt, kommt für den verhältnismäßig niedrigen Spitzenbetrag die Beanspruchung laufender Haushaltsmittel in Betracht.“ Bezüglich des Reichsschuldengeheimnisses wird behauptet, „daß die Kosten in der nächsten Zeit überhaupt keine Rolle spielen. Für die nächsten drei Jahre tritt eine Mehrbelastung ein, und nach diesem Zeitraum ist es eine Frage der praktischen Durchführbarkeit, inwieweit sich Kosten ergeben und wie hoch diese sein werden.“ Auf Grund dieser Behauptungen wird betont, „daß die deutsche Reichsregierung wegen Auswirkung der Mehrausgaben für die drei Gesetze die Folgerungen des Memorandums nicht anerkennen kann.“ Andererseits wird unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Besatzungsreform versichert, die Verwaltung des Reiches und der Länder zu vereinfachen und die Aufgaben der Länder und des Reiches klar zu scheiden, um Doppelarbeit und Doppelkosten zu ersparen.

Das Memorandum stellt in seinen Schlußbetrachtungen dann folgendes fest: „Nach den gegebenen Aufklärungen wird auch für den Außenstehenden der Eindruck sich nicht rechtfertigen lassen, als ob „Deutschland auf seine Reparationsverpflichtungen keine gebührende Rücksicht genommen habe“ und als ob „die deutsche Finanzpolitik des letzten Jahres nicht im Interesse der Reparationsverpflichtungen Deutschlands geführt“ worden sei. Was insbesondere die Mitwirkung der Reichsregierung bei der Arbeit des Transferkomitees angeht, so ist nach dem, was die Reichsregierung in der Praxis der letzten Jahre getan hat, an der Bereitwilligkeit zur Mithilfe im Rahmen unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik kein Zweifel.“

Parker Gilberts Begleitschreiben

Das Begleitschreiben, das der Reparationsagent seinem Memorandum beifügte, hat diesen interessanten Wortlaut:

„Anbei übersende ich Ihnen in Gemäßheit unserer Vereinbarung ein Memorandum vom heutigen Datum, welches ich für die deutsche Regierung zu dem Zwecke ausgearbeitet habe, die Aufmerksamkeit auf die derzeitigen Tendenzen des öffentlichen Finanzwesens und der Kreditpolitik und auf die Gefahren, welche diese für die deutsche Wirtschaft sowohl wie für die Durchführung des Sachverständigenplanes zu implizieren scheinen, zu lenken. In Anbetracht ihres allgemeinen Charakters übermittle ich Vorschläge der Denkschrift auch an den Herrn Reichsaussenminister und an den Herrn Reichsaussenminister.“

Selbstverständlich werde ich mich, falls Sie nach Lektüre des Memorandums es mit mir persönlich durchzusprechen wünschen sollten, für weitere Besprechungen zu Ihrer Verfügung halten.“

Am Sonnabend, dem 12. November 1927
erscheint unsere

Werbenummer

Preisausschreiben für unsere Leser

Hergts Drohung!

Aber er bleibt doch . . .

Der Reichsjustizminister Dr. Hergt wäre dieser Tage bei nahe zurückgetreten. Am Donnerstag hat er in der Reichstagskammer wenigstens so getan, als ob sich die deutschnationale Volkspartei den Zustand, fortgesetzt vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, nicht länger gefallen lassen werde und mit der Demission ihrer Minister beauftragt würde. Anlaß hierzu gab die in diesen Tagen erfolgte Ernennung des Volkswirtschaftlers von Wittlich zum Vizepräsidenten in Washington. Hergt hat aber nach am gleichen Abend seine drohende Haltung aufgegeben, und sich zum Vergleichen der anderen Koalitionsgenossen auf seinen Ministeresset in das Reichsjustizministerium zurückgezogen. Aus dem angekündigten Krieg wurde so eine Leine, aber nicht ohne Komödie!

Inzwischen ist die Ernennung des Herrn von Wittlich offiziell bekanntgegeben worden, und zwar mit der Zustimmung der vier deutschnationalen Minister. Sie können eben so und so! Eine neue Demission ist ihnen immer noch lieber als der Verzicht auf die Teilnahme an der Regierung.

Die Geldstrafen im neuen Entwurf

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages behandelte am Sonnabend die Geldstrafen. § 38 des Entwurfs, nach welchem die Höhe der Geldstrafe bei Gewinnsucht des Verurteilten in das Ermessen des Richters gestellt wird, wurde angenommen. In § 39 beantragte die sozialdemokratische Fraktion, daß im Falle der Nichtleistung einer Geldstrafe auf eine Freiheitsstrafe verzichtet werden könne. Abg. Rosenfeld wies in der Begründung darauf hin, daß es ein Unrecht gegenüber der Arbeiterschaft bedeute, wenn ein Arbeiter, der seine Geldstrafe nicht bezahlen kann, ins Gefängnis muß, während der Besitzende nur in den Geldbeutel zu greifen braucht. Ministerialdirektor Bumke teilte mit, daß sich weder das Reichsarbeitsministerium noch die Gewerkschaften dafür ausgesprochen hätten, Geldstrafen durch Beschäftigung anarbeiten zu lassen. Die Gewerkschaften befürchten eine unfaire Konkurrenz gegen die freie Arbeit, Ueberforderung des Arbeitsvertrages und Verrichtung von Sonntagsarbeit. Abg. Landsberg (Soz.) gab der Hoffnung Ausdruck, die Gewerkschaften zu einer anderen Stellungnahme bewegen zu können. Der sozialdemokratische Antrag wurde bis zum Strafvollzugsgesetz zurückgestellt und § 39 angenommen.

Ministerialdirektor Bumke gab dann einen historischen Ueberblick über die Entwicklung des Gedankens des bedingten Straferlasses. In Preußen sind vier Fünftel der bedingten Straferlasse völlig erlassen worden. Während im Entwurf bedingter Straferlass nur bei Strafen bis zu sechs Monaten vorgesehen ist, verlangt ein sozialdemokratischer Antrag, dem sich auch Abg. Dr. Kahl angeschlossen, bedingten Straferlass bei Gefängnis bis zu einem Jahr. In der Begründung des sozialdemokratischen Antrages unterstrich Abg. Landsberg, daß sich der Gedanke des bedingten Straferlasses als richtig erwiesen hat und daß er ausgebaut zu werden verdiene. Charakteristisch sei, daß sich vor seiner Einführung von 13 Oberlandesgerichten 12 dagegen ausgesprochen haben.

Rud nach links in Oldenburg

Sozialdemokratische Erfolge bei den Gemeindevahlen

Oldenburg, 6. November.

In den meisten oldenburgischen Städten und Gemeinden haben heute Kommunalwahlen stattgefunden. Die Resultate zeigen ein starkes Anwachsen der Sozialdemokratie. In Oldenburg und Delmenhorst wurde die bisherige bürgerliche Mehrheit gebrochen.

Die Mandate verteilten sich in Oldenburg auf 2 Kommunisten, 1 Zentrum, 10 Sozialdemokraten (bisher 8), Bürgerliche Vereinigung 15 (20), Nationalsozialist 1, Demokraten 7 (7), eine unparteiliche Liste Steuerzahlerschutz 3. Hinzu kommen noch 2 Mandate vom Stadtgebiet, nämlich 1 Landbund und 1 Demokrat. Bisher bestand der gesamte Stadtrat aus 23 Vertretern der Rechten und 18 der Linken und Mitte. Jetzt ist das Verhältnis, wenn man die sogenannte unparteiliche Liste der Steuerzahler zu den Rechtsparteien zählt, 21 Linke und Mitte, 20 Rechte.

In Delmenhorst bestand der Stadtrat bis jetzt aus 18 Bürgerlichen, 12 Sozialdemokraten und 1 Kommunisten. Die Wahl brachte den Sozialdemokraten einen großen Erfolg. Der neue Stadtrat zählt 16 Sozialdemokraten, 1 Kommunisten und 15 Bürgerliche.

In Rühringen erhielten die Sozialdemokraten 16 Mandate statt bisher 14, die Bürgerlichen verloren von zehn zwei. Die Wahlbeteiligung war sehr verschieden. In einigen Städten haben 85 Prozent gewählt, in der Stadt Oldenburg nur 65 Prozent.

Wahlkampf in Braunschweig

Der Wahlkampf in Braunschweig um die künftige Bekleidung des Landtages und der Regierung hat bereits lebhaft eingesetzt. Wieviel Parteien und Gruppen mit Vorschlagslisten aufmarschieren werden, ist im Augenblick noch nicht genau festzustellen. Vorläufig hat die Volksrechtspartei für Aufwertung eine Liste angekündigt, auch die Hausbesitzer wollen diesmal eigene Kandidaten aufstellen. Der Landesauschuß der Mietervereine hatte ebenfalls die Absicht, eine Sonderliste aufzustellen. Der Widerstand der Sozialdemokraten in dem Mieterverein und ein energischer Vorstoß des Bezirksvorstandes der SPD. haben jedoch bewirkt, daß die Leitung der Mietervereine nun doch noch auf die Sonderliste verzichtet.

An der Liste der Deutschnationalen ist bemerkenswert, daß auf ihr der Name des deutschnationalen Finanzministers Dr. Kühnemann fehlt. Die Herren scheinen also auf die Verwertung des angeblich so hervorragenden Mannes im Parlament keinen Wert zu legen. Anders die Deutsche Volkspartei. Sie läßt an dritter Stelle ihrer Liste den bisherigen Minister Marquardt aufmarschieren. Er spielte sich bisher immer als überparteilicher „Fachsminister“ auf. Da die Rechtsparteien selbst überzeugt sind, daß sie die Regierung nicht mehr besetzen werden, lassen sie jetzt die überparteiliche Maske ihrer Minister fallen und zeigen sie als ausgesprochene Parteimänner. Die Wirtschaftsverbände treten wieder mit einer eigenen Liste auf und hoffen, den anderen Rechtsparteien einige Mandate abzugewinnen. Der frühere Nationalist Niese, der durch seine Liebesdienste für den Exherzog „berühmt“ geworden ist und wegen seiner Dummheiten von der nationalsozialistischen Partei abgestößt wurde, aber trotz seiner Bedeutungslosigkeit als 25. Mann bei allen reaktionären Streichen dem Rechtsblock die Mehrheit sicherte, scheint in der politischen Verrentung zu verschwinden, denn er ist bisher noch auf keiner

Die deutschnationalen Abg. Barth und Hannemann wandten sich gegen den sozialdemokratischen Antrag. — Weiterberatung Donnerstag.

Das Elternrecht

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde am Sonnabend über das „Erziehungsrecht der Eltern“ debattiert. Für die Deutsche Volkspartei gab Frau Dr. Nage die Erklärung ab, daß an dem Charakter der Schulen als Staatsschulen und an dem entscheidenden Recht des Staates an den Schulen unbedingt festzuhalten sei. Ein Elternrecht an die Schule und eine Einschränkung der Rechte des Lehrers seien durch die Verfassung nicht gegeben. Dr. Schreiber (Ztr.) erklärte, das staatspolitische Programm des Katholizismus erkenne dem Staate das Recht auf die Schule zu. Das Zentrum wolle dieses Recht des Staates nicht kofortieren, sondern nur mit dem Recht der Familie in Verbindung bringen.

Bei der Abstimmung wurden alle Abänderungsanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Absatz 1 des § 1 erhielt dann folgende Fassung: „Alle deutschen Volksschulen haben die gemeinsame Aufgabe, die schulpflichtige Jugend durch Unterricht auf der Grundlage des deutschen Kulturgesetzes im Geiste des deutschen Volkstums, der Volkstugend und Völkerverständigung zu körperlicher und geistiger Tätigkeit heranzubilden, und sie in Unterfertigung und Ergänzung der von den Eltern zu leistenden Erziehung (Art. 120 N. B.) zu fähig und bereit sind, der deutschen Volksgemeinschaft zu dienen.“ Nächste Sitzung Donnerstag.

Das Schulgesetz verfassungsändernd

München, 5. November (Eig. Bericht)

Der bekannte Münchener Staatsrechtslehrer Professor Rothemann äußerte sich vor der Münchener juristischen Studentengesellschaft über den Reichsschulgesetzentwurf der Bürgerblockregierung dahin, daß dieses Gesetz einer verfassungsändernden Mehrheit im Reichstag bedürfe, da es entgegen dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte der Verfassung, der Aufhebung des Reichsgerichts und der wissenschaftlichen Lehre nicht die Gemeinschaftsschule zur Regel macht, sondern diese Schulart der Bekenntnisschule und der brenntnissfreien Schule gleichstellt. Der Entwurf begünstige die Aufhebung der katholischen Kirche, der sich jetzt die meisten protestantischen Kirchenbehörden anschließen, wonach die Bekenntnisschule tatsächlich die Regelschule sein soll. In dieser Bekenntnisschule würden nicht nur Lehrplan und Lehrbücher konfessionalisiert, sondern es würden die Vertreter der Kirche an der Schulverwaltung beteiligt. So würde, wenn auch in verdeckter Weise, eine Konfessionalisierung der Schulaufsicht möglich.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Rothemann darauf hin, wie sich der kirchliche Protestantismus in dieser Frage im Schlepptau des Katholizismus befindet. Er zitierte dabei die Aussage eines hohen Würdenträgers der preussischen Landeskirche: „Der Protestantismus muß im Schatten des Katholizismus wieder groß werden.“

Vorschlagsliste zu finden. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.

Die schwarz-weiß-rote Regierung hat sich vier Wochen vor der Wahl noch ein plumpes Manöver geleistet. Im Wahlkampf 1924 versprachen die bürgerlichen Parteien, die der Linksregierung mangelnde Sparsamkeit vorwarfen, eine gründliche Verwaltungsreform. Zwei Jahre hat man fast nichts davon gehört, die „Fachsminister“ waren nicht in der Lage, irgend einen praktischen Vorschlag zu machen. In ihrer Not wandten sie sich um Hilfe an den Reichsparlamentarier, und im Frühjahr 1926 erschienen zwei, zeitweise drei Sparkommissare aus Berlin, um auf Staatskosten monatelang im Lande herumzureisen und die Verwaltung zu prüfen. Im Januar 1927 erschien dann eine Denkschrift, die neben wenigen halbwegs vernünftigen Vorschlägen eine Reihe höchst fragwürdiger Anregungen gab, z. T. mit reaktionärem Einschlag. Diese Denkschrift hat nun fast drei Viertel Jahre geruht in irgend einem Ministerzimmer gelegen. Auf wiederholte Anfrage im Landtag erklärte Minister Marquardt im Oktober endlich, sich über die Denkschrift schlüssig werden zu wollen. Am 31. Oktober, also 4 Wochen vor der Wahl, erhielten die Abgeordneten die schriftliche Stellungnahme der Regierung zur Verwaltungsreform ausgehändigt. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß dieser Landtag, der vor der Wahl nur noch einmal kurz zusammentritt, zu dem umfangreichen Werk von mehr als 60 Drucksachen Stellung nehmen kann. Eine gründliche Beratung wäre um so notwendiger, da die Regierung in ihrer Schrift nicht einmal zahlenmäßig angeben kann, welche Ersparnisse sie von den ziemlich zweifelhaften Vorschlägen erwartet.

Die Veröffentlichung der Vorschläge zur Verwaltungsreform ist also nichts anderes als ein kläglicher Versuch, im letzten Augenblick den Wählern des Landes noch vorzuführen, die schwarz-weiß-rote Regierung, die mit circa 17 Millionen Schuldenlast von der Bildfläche verschwinden wird, sei bestrebt gewesen, zu sparen. Die Wähler werden auf dieses Täuschungsmanöver am 27. November die rechte Antwort geben.

Kommunistische Demonstrationen

Schwere Zusammenstöße mit der Polizei

Berlin, 7. November (Radio)

Die Berliner Kommunisten veranstalteten am Sonntag anlässlich des Jahrestages der bolschewistischen Revolution eine Demonstration, in deren Verlauf es an verschiedenen Stellen der Stadt zu schweren Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei kam. Dabei wurde ein Hauptmann und mehrere Beamte der Schutzpolizei mehr oder weniger schwer verletzt. Von den Kommunisten erhielt der Arbeiter Alfred Anders einen Schlag in die Brust. Die Polizei war verschiedentlich gezwungen, ganze Straßen mit Gewalt zu säubern und abzusperren.

Auf dem Oranienplatz wollte ein Polizeioffizier einen Angehörigen des Roten Frontkämpferbundes, der einen Polizeiwachmeister tätlich angegriffen hatte, verhaften lassen. Sofort stellten sich die Demonstranten um den Mann und nahmen eine drohende Haltung gegen die Polizei ein. Ein Polizeihauptmann gab den Befehl, den Mann trotzdem festzunehmen, worauf die Kommunisten sofort gegen die Beamten tätlich wurden. Sie schlugen mit Fahnenstangen, Koppeln und Schlagringen auf die Polizeibeamten ein und drängten den Führer, einen Hauptmann, in den Eingang des Kaufhauses von Maack, wo sie ihn zu Boden schlugen und schwer mißhandelten. Erst als eine Abteilung der Schutzpolizei den bedrängten Kameraden zu Hilfe eilte und mehrere Schüsse in die Luft abgab, gelang es der Polizei, den Platz zu säubern.

Zu schweren Zusammenstößen kam es auch gegen 4 Uhr in der Bad- und Panstraße. Die Teilnehmer der kommunistischen

Demonstration zogen in kleinen Gruppen durch die Badstraße, wobei sie an der Kreuzung der Panstraße mit einem Trupp von 20 Sozialdemokraten zusammenstießen. Die Kommunisten fielen sofort über sie her und verdrängte zunächst die Schutzpolizei, die sich zwischen die streitenden Parteien warf. Ein Polizeibeamter wurde von einem Trupp Kommunisten so schwer bedroht, daß er seinen Dienstrevolver ziehen mußte. Er schloß auf einen der Hauptführer, den Arbeiter Alfred Anders, den er durch einen Streifschuss an der Brust verwundete. Anders brach zusammen und wurde später vom Rettungsteam ins Polizeigefängnis gebracht. Die Kommunisten zogen erst ab, als ein großes Polizeiangebot die Bad- und sämtliche anliegenden Straßen planmäßig säuberte und dann abperzte. Insgesamt wurden 15 Personen festgenommen und der Abteilung la vorgeliefert. Vier von ihnen werden sich wegen Landfriedensbruches zu verantworten haben.

Die französische Linke für Verständigung

Für Österreichs Anschluß!

Paris, 7. November (Radio)

Das linksdemokratische Pariser „Deux“ erklärt gestern einen energischen Aufruf zugunsten der deutsch-französischen Verständigung. Dabei scheint es sich nicht, seinen Landesleuten sehr große Wahrheiten zu sagen. Selbst die schlimmste Niederlage, erklärt das Blatt, könne nicht ausreichen, um ein Volk von 80 Millionen disziplinierter Arbeiter endgültig am Boden zu halten. Es liegt im Interesse der beiden Nachbarvölker, eine enge Zusammenarbeit zunächst auf wirtschaftlichem und industriellem, dann auch auf politischem Gebiet herzustellen. Frankreich müsse daran denken, daß es jetzt friedliche Mittel gebe, mit denen man ein Volk ebenso sichtbar schlagen könnte, wie bisher mit kriegerischen Mitteln. Frankreich dürfe die starken demokratischen Kräfte in Deutschland nicht unterschätzen, denn es könne heute nicht bestritten werden, daß Deutschland entschlossen den Weg des Friedens der internationalen Verständigung und des Völkerbundes beschritten habe. Frankreich dürfe und könne es sich nicht weiter leisten, gegenüber Deutschland eine Politik der Erniedrigung zu treiben. Wie wenig mit Druck gegen Deutschland ausgerichtet werden könne, weiß das Blatt besonders am Beispiel des Anschlusses an Österreich nach. Sicherlich könnten die Alliierten, so erklärt es, einen politischen Anschluß verbieten, aber sie könnten nicht verhindern, daß Österreich und Deutschland sich durch seine Post, durch seine Eisenbahn, durch seine Zollpolitik, Sozialpolitik und intellektuellen Zusammenarbeit so eng zusammenschließen, daß sie praktisch genau so vereint seien, wie zwei Schweizer Kantone.

Das Wahlprogramm der Labour Party

London, 5. November (Eig. Bericht)

Die Programmkommission der englischen Arbeiterpartei, die aus Mitgliedern des Partei- und Fraktionsvorstandes der Arbeiterpartei zusammengesetzt ist, nimmt am Montag ihre Tätigkeit auf. Die Aufgabe dieser Kommission, die auf Grund eines Beschlusses der Konferenz vor Bladpool ins Leben gerufen wurde, ist die Aufstellung eines Wahlprogramms für die nächsten Neuwahlen und eines Aktionsprogramms für eine kommende Arbeiterregierung. Die Kommission muß bis zur nächsten Konferenz der Arbeiterpartei im Oktober 1928 ihre Arbeit abschließen. Sollten die Neuwahlen vor diesem Zeitpunkt ausgefallen werden, so muß das Programm früher fertiggestellt und einem zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Parteitag zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Der Kommission gehören u. a. an: Ramsay Mac Donald, Henderson, Cramp (der Eisenbahnerführer) und C. P. Trevelyan, der in der Arbeiterregierung den Posten eines Unterrichtsministers bekleidet hat.

Die englischen Gewerkschaften

London, 7. November (Radio)

Am kommenden Sonntag tritt in London der Bundesauschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen, um in einer Reihe von wichtigen Fragen wie die Frage des Vorsitzenden des I. G. B., der Personenfrage des Generalsekretärs, des Gewerkschaftsbundes usw. Entscheidungen zu treffen. Der Generatrat der britischen Gewerkschaften wird aus diesem Grunde am Montag eine außerordentliche Sitzung abhalten, um ein Memorandum zu beraten, das ihm von seinem internationalen Komitee vorgelegt worden ist und hinsichtlich der Lösung der kritischen Frage in der Person des Vorsitzenden des I. G. B., über die es auf dem Pariser Internationalen Kongress zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den kontinentalen und britischen Gewerkschaften gekommen ist, Vorschläge macht.

Das Ende der mexikanischen Revolution

Berlin, 7. November (Radio)

Am Sonnabend nachmittag wurden in der Nähe von Cordoba im Staate Vera Cruz die letzten Ueberreste der Rebellen nach einem schweren Kampf mit den Regierungstruppen überwältigt. Die vier anführenden Generale, darunter der ehemalige Präsidentschaftskandidat General Gomez wurden nach einem kurzen Kriegsgericht wenige Stunden nach ihrer Gefangennahme durch Erschießen hingerichtet.

Sport vom Sonntag

Schwedisch-deutscher Fußball: Unentschieden!

Berlin, 7. November (Radio)

Am Sonntag wurde in Berlin ein Fußballkampf zwischen einer Berliner Städtemannschaft und einer Städtemannschaft aus Stockholm ausgetragen. Etwa 12 000 Zuschauer wohnten dem Kampf trotz des kalten Wetters bei. Das Spiel verlief unentschieden 2:2.

Schmeling bleibt Halbschwergewichtsmeister

Berlin, 7. November (Radio)

In dem mit großer Spannung erwarteten Kampf Schmeling-Domgörgen, der am Sonntag in Leipzig um die Halbschwergewichtsmehrmehrschaft ausgetragen wurde, blieb der Europameister Schmeling Sieger. Es gelang ihm, seinen Gegner nach hartem Kampf durch einen rechten Rinnhaken l. o. zu schlagen.

Einzelhandel und Fertigungsindustrie

Probleme der Umstellung und der wirtschaftspolitischen Taktik

Die Ergebnisse der Inflation haben mit einem Ruck und für alle Dauer in Deutschland das traditionelle Verhältnis zwischen dem Unternehmertum der verschiedenen Produktions- und Warenverteilungsklassen verändert. Die Zerstörung des Rentnerstandes und der Sparvermögen als Quelle für Zufahrtseinkommen zum Arbeitsverdienst haben den gesamten Einzelhandel und die gesamte Konsumgüterindustrie für ihre Verkäufe auf die breite Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten beschränkt. Weil zugleich die Produktionsfähigkeit und die Kaufkraft im ganzen Lande durch den Wegfall der Rentner- und Sparvermögen auseinanderklaffen, fehlte zwischen den Unternehmern aller Schichten ein Kampf um die Rente ein, die zur Verzinsung des angelegten Kapitals für alle zu knapp war. Die Entscheidung in diesem Kampf mußte sich gegen die Fertigungsindustrie und gegen die Träger der Warenverteilung richten, weil das positive und wirtschaftliche Übergewicht der kapitalstarken Roh-, Halbfabrikat- und Produktionsmittelindustrien diesen eine schnellere und vor allem billigere Versorgung mit Betriebskapital ermöglichte, worauf beim Wiederaufbau der neuen Geschäfte alles ankam. Schließlich fanden die kapitalintensiven Vorindustrien auch schneller und wirksamer die Hilfe des Staates, wie sich in den Kartell-, Zoll- und Handelsvertragsfragen eindeutig zeigte.

Die einzige praktische Lösung

In der großen Linie gab es für den Widerspruch zwischen Produktionsfähigkeit und Aufnahmefähigkeit des Marktes nur eine Lösung: hohe Löhne und Gehälter und niedrige Preise bei andauerndem steigendem Absatz. Das heißt dreierlei: niedrige Gesamtkosten in der Produktion, sinkende Selbst- und Generalkosten an einzelnen Stufen und vorläufig wachsende, aber in dem Sinn wirtschaftlich geschuldete gegenüber dem Ausland, daß der Mehraufwand an Löhnen und Gehältern durch den Mehrabsatz an Produkten die Lasten der Verschönerung noch übertraf. Die Arbeiterschaft hat diese Notwendigkeiten verstanden; sie kämpft ausdrücklich um höhere Reallohn- und Gehälter, weil die Sanierung der Gesamtwirtschaft auf keinem anderen Wege möglich ist. Wollten Einzelhandel und Fertigungsindustrie nicht zwischen der machtpolitischen überlegenen Roh-, Halbfabrikat- und Produktionsmittelindustrie auf der einen und dem alle Unternehmer angehenden Kaufkraftsteigerungskampf auf der anderen Seite zerrieben werden, so mußten sie rechtzeitig erkennen, wo für sie die Linie des größten Vorteiles und der geringsten Gefahren lag.

Diese günstige Linie konnte nur liegen in der Richtung billiger Verkaufspreise, größtmöglicher Absatz- und niedrigster Kosten am Stück. Was dem widersprach, widersprach den Interessen von Einzelhandel und Fertigungsindustrie. Staatshilfe, die nicht verbilligen kann, weil sie gesamtwirtschaftlich Kosten nur verschiebt, nicht aber senkt, mußte zurücktreten vor der Selbsthilfe. Kartelle, eigene und Kartelle der Vorstufen, mußten gefährlich sein, weil sie die Produktionskosten des teuersten Produzenten zur Norm machten und mit hohen Preisen den Absatz niedrig hielten. Monopole, durch Syndikate, Schutzzölle oder „Marken“ ermöglicht, waren gefährlich, weil der Konsumgüterverkauf die im Inland tatsächlich vorhandene Kaufkraft zugunsten von Differentialgewinnen nicht ausschöpfen durfte. Vor allem konnte die Stellung von Einzelhandel und Fertigungsindustrie in der Lohn- und Gehaltsfrage nicht übereinstimmen mit derjenigen der Vorstufen- und Produktionsmittelindustrien, denn was bei den monopol- und syndikatsgeschützten Industrien bei Reallohnsteigerungen einfaßer Abzug am Gewinn war, das war bei Einzelhandel und Konsumgüterindustrien Zuwachs an Absatz- und Umsatzebasis, deren Vergrößerung trotz niedriger Preise nur hinausgehen mußte über die Befastigung der von ihnen selbst zu zahlenden Mehrlohn- und Mehrgehälter. Wie haben Einzelhandel und Fertigungsindustrie diese für die ganze Nachkriegszeit geltende neue Situation bisher verstanden und auszunützen verstanden?

Die Antwort zweier Tagungen

Die Antwort darauf ist zwei wichtigen Tagungen zu entnehmen, die in den letzten Wochen in Berlin stattgefunden haben: der Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und der Tagung des Reichsbundes der deutschen Metallwaren-

Industrie. Das von beiden Gruppen auf diesen Tagungen abgelegte Examen zeigt, daß man die Aufgaben der Stunde im ganzen sehr wohl begriffen hat, daß aber der Mut gefehlt hat, eindeutig und klar die Konsequenzen zu ziehen.

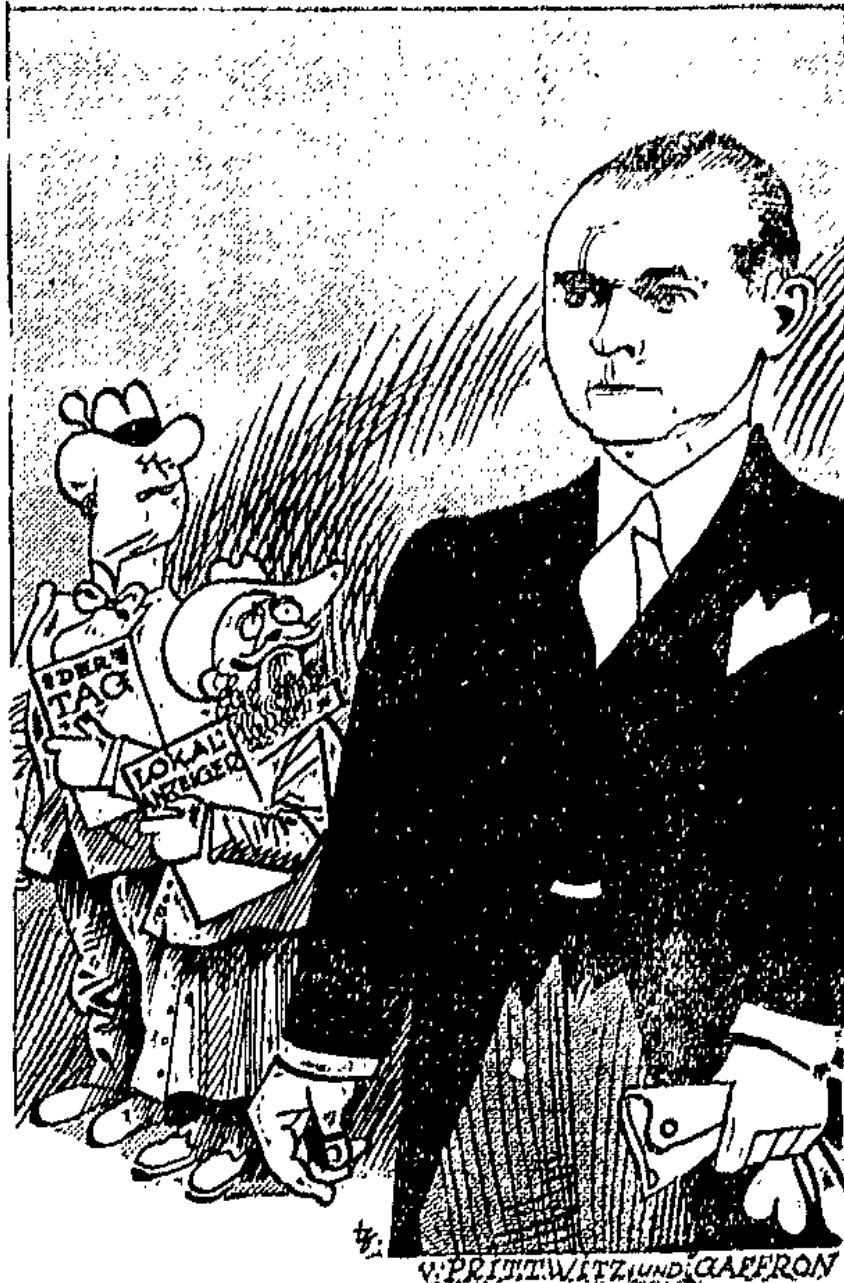
Daß nur Selbsthilfe, nicht Staatshilfe

helfen kann, trat auf der Einzelhandeltagung recht deutlich und auch noch deutlicher hervor als auf der Tagung der Metallwarenfabrikanten. Symptomatisch für beide Tagungen war im Gegensatz zu den Tagungen des Großhandels und der Schwerindustrie, daß das Tagungsmitteln beherrschend war von betrieblichen Spezialfragen und Spezialfragen der Gewerbezweige, nicht von politischen Gesichtspunkten. Wo die Frage der Machtpolitik diskutiert wurde, so von Herrn von der Rahmer bei den Metallwarenfabrikanten, da nur im Verhältnis zur Machtpolitik der Vorstufenindustrien, um diesen bei wirtschaftspolitischen (Zoll-, Handelsvertrags- und Steuer-) Kämpfen die Spitze bieten zu können.

Das Bewußtsein von der entscheidenden Bedeutung des Massenbedarfs

für die beiden Gewerbezweige trat bei der Hauptgemeinschaft deutlicher in Erscheinung als beim Reichsbund. Daß auf der Einzelhandeltagung Genosse Dr. Cassan, ein anerkannter Spezialist auf dem Gebiete der Konsumvereinsbewegung, den wichtigsten Zusammenhang zwischen Massenbedarf und Konsumpolitik im Einzelhandel darzulegen hatte, spricht für den Ernst, mit dem die Hauptgemeinschaft die Zusammenhänge begriffen hat.

Hugenberg-Journalisten



„Und so was soll uns im Ausland vertreten, ein Adliger, der sich 1918 zur Republik bekannt hat. Die Amerikaner müssen uns ja für verrückt halten.“

Es war ein indirektes, auch vom Einzelhandel wohl nicht ganz ungewolltes Lob der Selbsthilfe, wie sie die Konsumvereine vorgemacht haben, wenn man den Mitteln der Selbsthilfe strenger nachforscht, als den alten ausgetretenen Weg der agrarhistorischen Besetzung der Konsumvereine zu gehen. Bei den Metallwarenfabrikanten wurde die Frage des Massenbedarfs und der Selbsthilfe nicht eindeutig gestellt. Der Wille zur Selbsthilfe war deutlich, beschränkte sich aber auf einen Ruf zur Sammlung der Kräfte, um gegenüber den Vorindustrien der Vorstufen nicht ins Hintertreffen zu kommen.

Die Frage der Lohnsteigerung als wirtschaftspolitisches Sanierungsprinzip

wurde auf keiner der beiden Tagungen gar und schließlich gestellt. Der Vorsitzende Grunfeld der Hauptgemeinschaft machte nur im Einzelnen die Feststellung, daß die Beamtengehältererhöhung „unter normalen Verhältnissen“ zu einer Verbilligung der Preise führen „könne“, machte aber für Lohnsteigerungen noch schwerere Vorbehalte, auf die ihn selbst der gewöhnlich lohnsteigerungsfreudige Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius aufmerksam machen mußte. Der Vizepräsident der Frankfurter Handelskammer betonte die „Erhaltung“ der Lohn- und Gehälterkraft gerade für den Handel als Lebensnotwendigkeit, wandte sich aber gegen Lohnsteigerungen. Dr. Tiburtius ging diplomatisch um eine deutliche Antwort herum; er unterstrich nur die kapitalbildende Bedeutung des Verbrauchs und der Lohnverwendung und betonte, daß die Wirkung weiterer Lohnsteigerungen für den Absatz besonders von langlebigen Einrichtungsgegenständen unter Umständen günstig zu beurteilen sei. — Beim Reichsbund der Metallwarenfabrikanten wurden die Lohnfragen zwar erheblich zurückhaltender behandelt, als das auf Tagungen der Vorstufenindustrie geschah und geschieht. Man weiß offenbar die aufbauende Bedeutung von Lohnsteigerungen nicht ganz ab, will es sich aber mit den schweren Lieferindustrien nicht verderben, weil man von diesen durch Zollvergütungen für verarbeitete und exportierte Rohstoffe für das Ausland in Lohnfragen entschädigt zu werden hofft. Gleichermassen gar nicht auf der Höhe ihrer wahren Interessen waren die beiden Tagungen in der

Frage der Kartelle

Dr. Tiburtius vom Einzelhandel fand, daß Kartelle nicht grundsätzlich zu bekämpfen, daß sie vielmehr als Organ zur Verständigung über Preise, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen willkommen seien. Nur im Bezug wolle man auch direkt wie der Großhandel beliefert werden. Eine durchaus unverständliche Haltung, die gegebene Machtverhältnisse in Widerspruch mit den eigenen Interessen einfach hinterrückt. Der Reichsbund war noch kartellfreundlicher, obwohl er bei der Anzahl seiner Waren ebenso wenig von Kartellen hat wie der Handel. Aber er will kein offener Gegner der Verbände und Syndikate sein, weil die Exportzollmarge ihn in die Augen sticht. Die Zollpolitik wurde auf den beiden Tagungen nicht behandelt, weil sie nicht unmittelbar aktuell ist. Von der Hauptgemeinschaft ist aber bekannt, wie sie sich 1925 vom Reichsbund der Industrie zurückgezogen hat, als sie zugunsten von Zollsenkungen ausbrechen wollte und die Metallwarenfabrikanten wollen nur die wirtschaftspolitische Gleichstellung mit anderen Gruppen der Industrie in handelspolitischer Hinsicht.

Die Bilanz aus dem Ganzen

ist für Einzelhandel und Fertigungsindustrie nicht günstig. Der seit der Inflation eingetretene riesenhafte und vor allem unabänderliche Umschwung, der Handel und Fertigungsindustrie in Kartell- und zollpolitischen Fragen eindeutig mit den Trägern des Massenverbrauchs zusammenschweißen mußte, ist nicht so klar erkannt, wie es im Interesse dieser Schichten und im Interesse der Gesamtwirtschaft erforderlich wäre. In träumerhafter Weise stolpert man über die Lohnfragen und kleinliche Vorteile, die sich vielleicht noch aushandeln lassen könnten während die Hauptbedingungen des eigenen Gedehens immer noch sträflich vernachlässigt werden. Dafür überläßt man dem schwerindustriell geführten und großagrarisch beeinflussten Reichsverband der deutschen Industrie, der die Monopolrente des Schwerkapitals und des Großgrundbesitzes verteidigt, letztlich die ganze Führung. Unter dieser falschen wirtschaftspolitischen Taktik muß selbstverständlich alles, was mühsam an Betriebsumstellung und Selbstkostenverbilligung beim Einzelhandel und der Fertigungsindustrie erreicht wird, aufs schwerste leiden.

Die Marquise von G.

Novelle von Heinrich von Kleist

10. Fortsetzung

„Doch, wenn du mir gut bist, Julietta,“ versetzte die Obristin, „so bleib,“ und in dem Augenblick trat auch der Kommandant schon, das Tuch vor das Gesicht haltend, ein. Die Mutter stellte sich breit vor ihre Tochter und lehrte ihm den Rücken zu.

„Mein teuerster Vater!“ rief die Marquise und streckte ihre Arme nach ihm aus.

„Nicht von der Stelle,“ sagte Frau von G. . . „du hörst!“ Der Kommandant stand in der Stube und weinte. „Er soll dir abtun,“ fuhr Frau von G. . . fort. „Warum ist er so heftig! und warum ist er so hartnäckig! Ich liebe ihn, aber dich auch; ich ehre ihn, aber dich auch. Und muß ich eine Wahl treffen, so bist du vorzuziehen als er, und ich bleibe bei dir.“

Der Kommandant beugte sich ganz krumm und heulte, daß die Wände erschallten.

„Aber mein Gott!“ rief die Marquise, gab der Mutter plötzlich nach und nahm ihr Tuch, ihre eigenen Tränen fließen zu lassen. Frau von G. . . sagte: „Er kann nur nicht sprechen!“ und wich ein wenig zur Seite aus. Hierauf erhob sich die Marquise, umarmte den Kommandanten und bat ihn, sich zu beruhigen. Sie weinte selbst heftig. Sie fragte ihn, ob er sich nicht setzen wolle; sie wollte ihn auf einen Sessel niederziehen; sie schob ihm einen Sessel hin, damit er sich darauf setze; doch er antwortete nicht; er war nicht von der Stelle zu bringen; er setzte sich auch nicht; und stand bloß das Gesicht tief zur Erde gebeugt und weinte. Die Marquise sagte, indem sie ihn aufrecht hielt, halb zur Mutter gewandt, er werde krank werden; die Mutter selbst schien, da er sich ganz konvulsivisch gebärdete, ihre Standhaftigkeit verlieren zu wollen. Doch da der Kommandant sich endlich auf die wiederholten Aufforderungen der Tochter niederließ hatte und diese ihm mit unendlichen Bittworten zu Füßen gesunken war, so nahm sie wieder das Wort, sagte, es geschehe ihm ganz recht, er werde nun wohl zur Vernunft kommen, entfernte sich aus dem Zimmer und ließ sie allein.

Sobald sie draußen war, wuschte sie sich selbst die Tränen ab, dachte, ob ihm die heftige Erschütterung, in welche sie ihn versetzt hatte, nicht doch gefährlich sein könnte, und ob es ratsam sei, einen Arzt rufen zu lassen. Sie lochte ihm für den Abend alles, was sie für Stärkendes und Beruhigendes aufzutreiben wußte, in der Küche zusammen, bereitzete und wärmte ihm das Bett, um ihn so gleich hineinzu legen. Sobald er nur an der Hand

der Tochter erscheinen würde, und schlich, da er immer noch nicht kam und schon die Abendtafel gedeckt war, dem Zimmer der Marquise zu, um doch zu hören, was sich zutrage.

Sie vernahm, da sie mit lauter an die Tür gelegtem Ohr horchte, ein leises, eben verhallendes Geklipfel, das, wie es ihr schien, von der Marquise kam; und, wie sie durchs Schlüsselloch bemerkte, sah sie auch aus des Kommandanten Schoß, was er sonst in seinem Leben nicht zugegeben hatte. Daraus endlich öffnete sie die Tür und sah nun — und das Herz quoll ihr vor Freude empor: die Tochter still, mit zurückgebeugtem Nacken, die Augen fest geschlossen, in des Vaters Armen liegen, in dessen dieser, auf dem Lehnhüft sitzend, lange, heiße und leuchtende Küsse, das große Auge voll glänzender Tränen, auf ihren Mund drückte, gerade wie ein Verliebter! Die Tochter sprach nicht, er sprach nicht; mit über sie gebeugtem Knie schloß er, wie über das Mädchen seiner ersten Liebe, und legte ihr den Mund zurecht und küßte sie.

Die Mutter fühlte sich wie eine Seltge ungeschen, wie sie hinter seinem Stuhle stand, säumte sie, die Luft der himmelsternen Verführung, die ihrem Hause wieder geworden war, zu hören.

Sie nahte sich dem Vater endlich und sah ihn, da er eben wieder mit Fingern und Lippen in unsäglicher Lust über den Mund seiner Tochter beschäftigt war, sich um den Stuhl herumbeugend, von der Seite an.

Der Kommandant schlug bei ihrem Anblick das Gesicht wieder ganz kraus nieder und wollte etwas sagen, doch sie rief:

„O, was für ein Gesicht ist das!“ küßte es jetzt auch ihrerseits in Ordnung und machte der Kühlung durch Scherzen ein Ende.

Sie lud und führte beide, die wie Brautleute gingen, zur Abendtafel, an welcher der Kommandant zwar sehr heiter war, aber noch von Zeit zu Zeit schluchzte, wenig ab und sprach, auf den Teller niedersehend und mit der Hand seiner Tochter spielte.

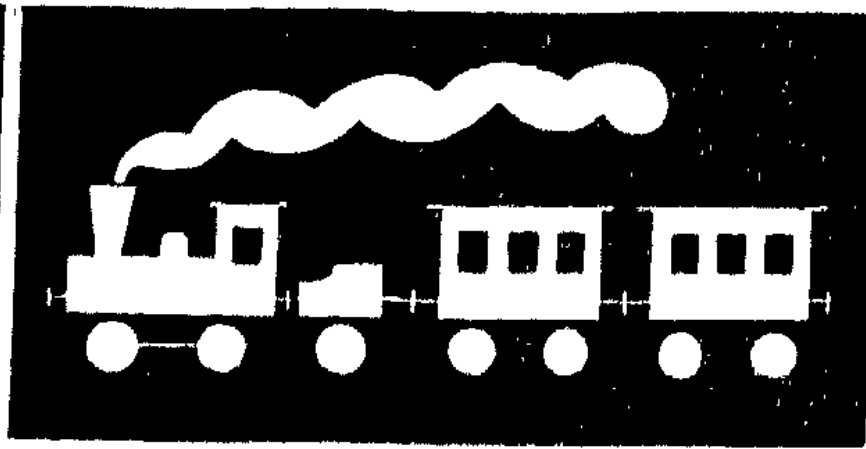
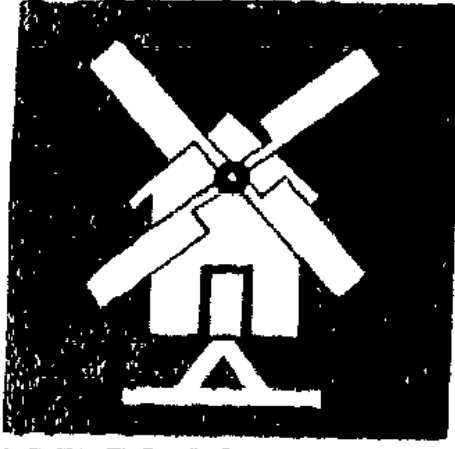
Nun galt es bei Anbruch des nächsten Tages die Frage: Wer nur in aller Welt morgen um elf Uhr sich zeigen würde; denn morgen war der gefürchtete Dritte. Vater und Mutter und auch der Bruder, der sich mit seiner Verführung eingefunden hatte, stimmten unbedingt, falls die Person nur von einiger Erträglichkeit sein würde, für Vermählung; alle, was nur immer möglich war, sollte geschehen, um die Lage der Marquise glücklich zu machen. Sollten die Verhältnisse derselben jedoch so beschaffen sein, daß sie selbst dann, wenn man ihnen durch Begünstigungen zu Hilfe käme, zu weit hinter den Verhältnissen der Marquise zurückblieben, so widersetzten sich die Eltern der Heirat; sie beschloßen, die Marquise nach wie vor bei sich zu behalten und das

Kind zu adoptieren. Die Marquise hingegen war willens, in jedem Fall, wenn die Person nur nicht ruchlos wäre, ihr gegebenes Wort in Erfüllung zu bringen und dem Kinde, es koste, was es wolle, einen Vater zu verschaffen. Am Abend fragte die Mutter, wie es denn mit dem Empfang der Person gehalten werden sollte. Der Kommandant meinte, daß es am schicklichsten sein würde, wenn man die Marquise um elf Uhr allein ließe. Die Marquise hingegen bestand darauf, daß beide Eltern und auch der Bruder gegenwärtig sein möchten, indem sie keine Art des Geheimnisses mit dieser Person zu teilen haben wolle. Auf meinte sie, daß dieser Wunsch sogar in der Antwort derselben durch, daß sie das Haus des Kommandanten zur Zusammenkunft vorge schlagen, ausgedrückt scheine; ein Umstand, um dessen willen ihr gerade diese Antwort, wie sie frei gestehen müßte, sehr gefallen habe. Die Mutter bemerkte die Unsicherheit der Rollen, die der Vater und der Bruder dabei spielen würden, bat die Tochter, die Entfernung der Männer zuzulassen, wogegen sie ihren Wunsch willigen und bei dem Empfang der Person gegenwärtig sein wolle. Nach einer kurzen Bestimmung der Tochter ward dieser Vorschlag endlich angenommen.

Darauf nun erschien nach einer unter den gespanntesten Erwartungen zugebrachten Nacht der Morgen des gefürchteten Dritten. Als die Glocke elf schlug, saßen beide Frauen, feillich wie zur Verlobung angekleidet, im Besuchszimmer; das Herz klopfte ihnen, daß man es gehört haben würde, wenn das Geräusch des Tages geschwiegen hätte. Der elfte Glodenschlag summete noch, als Leopardo, der Jäger, eintrat, den der Vater aus Tiro verschrieben hatte. Die Weiber erblähen bei diesem Anblick. „Der Graf F. . .“, sprach er, ist vorgefahren und läßt sich anmelden.“

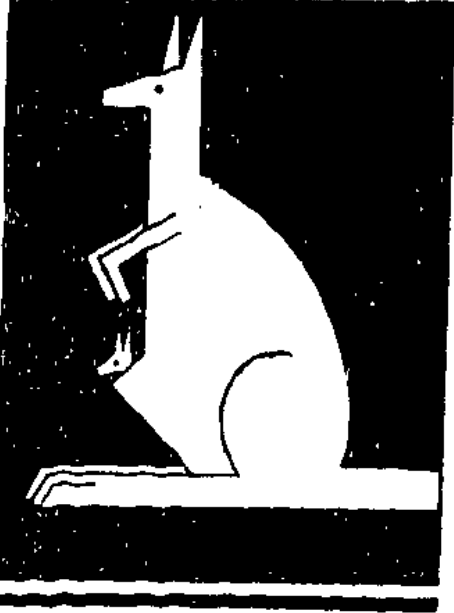
„Der Graf F. . .!“ riefen beide zugleich, von einer Art der Bestürzung in die andere geworfen. Die Marquise rief: „Verschließt die Türen! Wir sind nicht für ihn zu Hause.“ stand auf, das Zimmer gleich selbst zu verriegeln, und wollte eben der Jäger, der ihr im Wege stand, hinausdrängen, als der Graf schon, genau in demselben Kriegsrod, mit Orden und Waffen, wie er sie bei der Eroberung des Forts getragen hatte, zu ihr eintrat. Die Marquise glaubte vor Verzerrung in die Erde zu sinken; sie griff nach einem Tuch, das sie auf dem Stuhl hatte liegen lassen, und wollte eben in ein Seitenzimmer entfliehen; doch Frau von G. . ., indem sie die Hand derselben ergriff, rief: „Julietta —!“ und wie erstickt von Gedanken ging ihr die Sprache aus. Sie heftete die Augen fest auf den Grafen und wiederholte: „Ich bitte dich, Julietta!“ indem sie sie nach sich zog: „Wen erwarten wir denn —?“

(Schluß folgt)

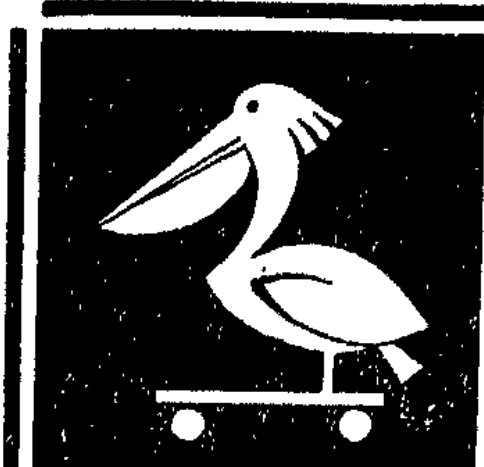
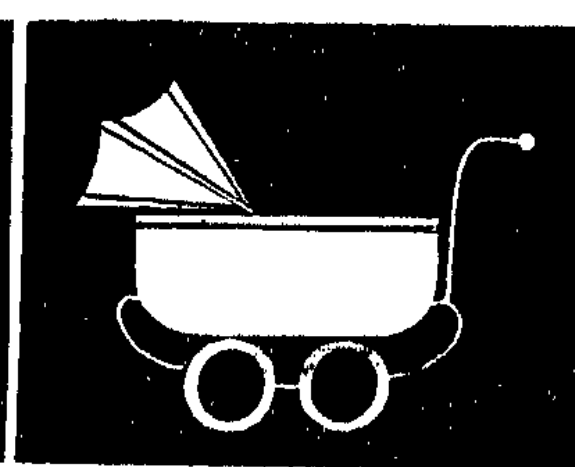
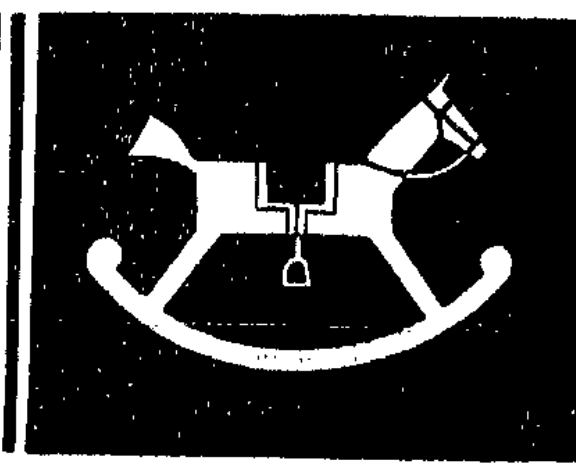
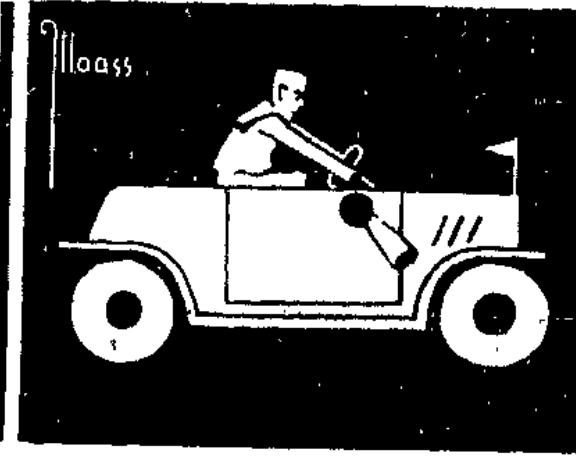
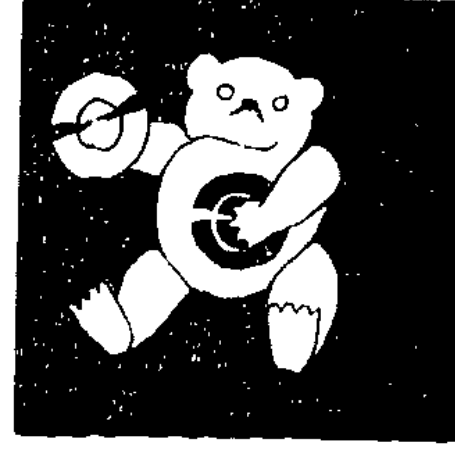


Christkind's Reich

Alle Kinder sind mit Ihren lieben Eltern herzlich eingeladen. Aber Ihr wisst, bei solchen Gelegenheiten erweist sich unser grosses Haus als viel zu klein, darum kommt vormittags, damit Ihr alles gut sehen könnt. Im 3. Stock sind in der grossen Spielwarenstadt die Heinzelmannchen am Werk und in den 7 Schlangenfenstern sind tausende schöne Spielsachen ausgestellt.



im Karstadthaus



Nachahmung in Wort und Bild verboten — Mater ausserhalb Lübecks verkäuflich

Ernst Tonn
Emma Tonn
geb. Burmeister
Vermählte
Für die vielen Glückwünsche und Geschenke herzlichen Dank D. O.

Johannes Fock
im 70. Lebensjahre
In tiefer Trauer
Familie Fock
Lübeck, 6. Nov. 1927
Beerdigung Donnerstag, d. 10. Nov. 1 1/2 Uhr, Kapelle Vorwerk.

Uhren-Reparaturen
billig 1 Jahr Garantie
Hermann Voß, Uhrmacher
36 Fleischhauerstrasse 36

la. Speisetartoffeln
gut kochend, pro Ztr. 4.- RM.
frei Haus, ab Lager 3.80 RM.
empfiehlt
Alfred Storm
Bäderstrasse 11-13 T. 23856

Öffentliche Versteigerung
am **Mittwoch**, d. 11. d. Mts., vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:
1 Karosserie roh, tafelf. u. and. Klaviere, 17 Bände Brodhaus-Lexikon, Teppiche, Büfets, Anrichten, Vertikos, Wasch- u. and. Kommoden, Geschirr, eil. Geld-, Bücher-, Wand- und and. Schränke, Schreib-, Näh-, Auszieh-, Sofa-, Rauch- u. and. Tische, Sofas, Chaiselongues, Stummerdiener, 1 Wiener u. and. Sessel, Lehn- u. and. Stühle, Spiegel, Pfeiler-Spiegel mit Unterlag., Bilder, Stand- und Wanduhren, Blumenkänder u. -trippe, 1 Kaffeemaschine f. 12 Pers., 1 Bücherregal mit ca. 70 versch. Büchern, 1 vollst. Bett, Bettzeug, Bett- u. Tischwäsche, 1 Radioapparat mit 4 Hörern, 1 Schreibstisch m. versenkb. Schreibmaschine, Papier-, Eisenbrett-, Bohr- u. Nähmaschinen, 2 Drehbänke, 1 elektr. Motor, 5 PS, 1 Motor-Magnet, 1 Kinderwagen, 1 Partie silb. Frühstück-, Tisch-, Torten-, Fleisch-, Obstmesser, Torten- u. Kuchenheber, Saucen-, Eß-, Kompott-, Füll-, Kinder-, Tinten- und Vorlegelöffel, Serviettenringe, 1 gold. Herren-Uhrkette, Fisch- u. Tafelgabeln, Messerbänke, 15 Hühner, 10 Sacl. Zucker, Regenmäntel, Damenleider, ca. 60 kg Kräuter-Klee-Pulver (Kräuter-Käse) u. a. m.
Ferner auf dem Hofe des Gerichtshauses:
1 Dreschmaschine mit Reinigung
Die Gerichtsvollzieher

Billige und gute Äpfel
Korb von 15 Pfg. an
Verkauf zwischen **Holtentor-Türmen** und **Holtentorbrücke**
Gebr. Bauermeister

Baugewerksbund
Mitglieder-Verksammlungen:
Zahlstelle
Schlutup
am **Dienstag**, dem 8. **November**, abds. 8 Uhr, bei Herrn Saborowski
Zahlstelle
Badenburg
am **Mittwoch**, dem 9. **Nov.**, abds. 8 Uhr.
Tagesordnung:
Bericht vom Bundestag.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand

Verband der Lebensmittel- und Getränke-arbeiter Deutschlands
Ortsverwaltung Lübeck
Mitglieder-Verksammlungen
am **Mittwoch**, 9. Nov., abds. 7 1/2 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**
Die Tagesordnung wird in der Verksammlungen bekanntgegeben.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Nach langem, schweren Leiden entschlief mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- u. Großvater
Heinr. Dorendorf
gen. Witt
im 71. Lebensjahre.
Tief betrauert im Namen der Hinterbliebenen
Dorothea Dorendorf
geb. Rothe
Lübeck, d. 7. Novbr.
Hundest. 42
Beerdigung:
Donnerstag, d. 10. Nov., 9 1/2 Uhr, Kapelle Buttorf

Elektro-Monteur
Hartz & Gieseke
Kl. Promen.-Kinderwagen, Babykorb und Kleiderbüste bill. z. verk.
Wegen Wohnungsaufgabe verli. billigst Wohnz.-Einr., Schränke, Kommoden, Waschtische, Tische, Flurgarderobe, Kohlenherd, fast n. Gaslocher.
Neubau Stein
Wateniguser 42-44
1 gr. Linoleum-Teppich, 2x3 m, 1 Brennherd, 27 zu verk.
Abhand. gel. ein gr. schwarz. Kisten. Abzug. Werderstr. 21, pit.
Sämtl. Schulnoten sowie Zeitschriften, illustrierte Blätter u. Zeitungen sind zu haben bei **K. Kleinfeld, Keitlerstr. 11**

Am **Dienstag**, dem 8. **November**, habe ich mein Geschäft wegen Familienfeier geschlossen.
W. Orthmann,
Friseur, Hanfastrasse 31

Buppen werden gut u. bill repariert
K. Möller, Wahnstr. 81
333 4 M. an
585 8 M. an
300 Ringe am Lager
Teilzahlung
garantia-Wacker 3.- M.
Bestecke
800 Silber — 90 versilb.
M. Schultz, Uhrmacher,
Ob. Johannisstrasse 26

Patent-Matrasen
Anlage-Matrasen
werden in jed. Größe zu den billigsten Preisen angefertigt
Gebrüder Ketti
Welt. Spez.-Gesch.
Untertrape 111/121
b. d. Holstenstr.

HANSA-THEATER
Nur noch 3 Tage!
Die große Revue
Die Welt um Mitternacht
Die Leser des Volksboten und deren Angehörige (bis zu 6 Personen) erhalten bei Vorzeigung des Inserats **50%** Ermäßigung auf allen Plätzen.
Bitte ausschneiden
Zentral-Hallen
Morgen **Dienstag**
Großes Tanzkränzchen
Eintritt frei! Eintritt frei!
Die fabelhafte Tanzportan.

Zentralverband der Zimmerer
Bezirk Lübeck
Verksammlungen
am **Dienstag**, 8. Nov., abds. 7.30 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1927
2. Bericht von den örtlichen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband
3. Bericht vom Ortsauschuss
4. Innere Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches u. pünktliches Erscheinen erjudt
Der Vorstand

Stadttheater Lübeck
Montag, 20. Uhr:
1. Volkst. Konzert
Dirigent: Gen.-Musikdirektor **Mannstadt**
Solist: Konzertmeister **Knabe**
Ende 21.45 Uhr
Montag, 20 Uhr:
Kammerspiele: Das Grabmal des unbekannt. Soldaten
Dienstag, 20 Uhr:
Das Glöckchen des Eremiten
Mittwoch, 20 Uhr:
Der Biberpelz
(Diebestomödie)
Donnerstag, 20 Uhr:
Leonic (Lustspiel)

Neues aus aller Welt

Erhängt aufgefunden. Sonntag nachmittag gegen 2 Uhr wurde bei der Treibjagd im Babelsberger Gehölz ein aufschreiend dem Arbeiterstande angehörender älterer Mann erhängt aufgefunden. Die Leiche ist aufschreiend schon 4 Wochen alt.

Allgemeine Vögel-Gesellschaft. Der Verein zur Förderung der Vögelzucht Lübeck hält vom 25. - 27. November in der neuen Zuchtvieh-Auktionshalle, Schwartauer Allee 84a, eine allgemeine Vögel-Gesellschaft ab. Nach langen Jahren tritt der Verein, gestützt auf den guten Ruf Lübecks in den Kreisen der deutschen Vögelzuchtler, sowie auf das ihm zur Verfügung stehende herrliche Ausstellungsmaterial an das Wagnis eines derartigen Unternehmens heran und hofft ebenso auf die größte Unterstützung der deutschen Vögelzuchtler und eines interessierten Lübecker Publikums. Und daß der Verein sich nach dem bisherigen Verlauf der Dinge nicht getäuscht haben wird, beweist schon die äußerst rege Anforderung der Ausstellungspapiere aus allen Gegenden und viele unserer bekannten deutschen Vögelzuchtler werden es sich nicht nehmen lassen, in diesem Jahre auch ihre Tiere in Lübeck in friedlichem Wettstreit um die Siegerpalme konkurrieren zu lassen und so verspricht die stattfindende Ausstellung für Lübeck eine Veranstaltung ersten Ranges zu werden. Aber auch Lübecks Vögelzuchtler sollen und werden ihr Können zeigen und so ist, da in diesem Jahre die Wälder und Gärten der Tiere durch das unglückliche Wetter sehr beeinträchtigt wurde, der Anmeldetermin auf den 14. November festgelegt.

Ein Auto gestohlen. Am 4. d. M. ist in Travemünde einem hier wohnhaften Kaufmann ein vierfüßiges Automobil, Marke „Waltho“, gestohlen worden. Das Auto trägt das Erkennungszeichen H L 3052; Motornummer 70 170, Fahrgestellnummer 177 418, Motorstärke 4/10 PS., schwarze Limousine.

Sansa-Theater. Im Sansa-Theater wird die Metropoli-Königin „Mutter und Mörderin“ in neuer Aufmachung gegeben. Die Regie hat allerhand Korrekturen vorgenommen, die sehr zugunsten des großstädtischen mittelmäßigen Mundgangs ausgefallen sind. Ein paar nette Stelchs, wie der Mörderbesuch mit seinem frappant schönen Ausklang, Das Opfer, kriminalistischen Einschlags und die Großstadtlungerer bereichern die Plotsche, die jetzt mit aller Raffinesse und flotten Tempo in Spiel und Musik fließt. Man vergißt sich nicht, wenn man jetzt einige Stunden bei dem sich um Kunst und Ginst bemühenden Ensemble zubringt. — Wie uns die Direktion mitteilt, tritt ab heute als Gast Fräulein Tatianna-Fant vom Alhambra-Theater in Prag auf. Die Dame ist Lübeckerin.

Unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt der Verlagsanstalt Kuer & Co. über den altbekannten Neuen Weltkalendarer bei. Preis 80 Pf. Zu beziehen durch alle Austrägerinnen und die Buchhandlung des Lübecker Volksboten. Die Bestellscheine sind ausgefüllt an die Zeitungsträgerinnen zu übergeben.

Kühnheit. Revolutionsfeier. Die SPD. begeht am Mittwoch, dem 9. November, abends 8 Uhr, in Diederichmanns Gasthof eine ernste, dem Tage entsprechende Feier, woran sich sämtliche dem Ortsauschuß angeschlossenen Vereine beteiligen. Die Darbietungen der Vereine werden auch dieses Jahr wieder die Gäste befriedigen. Musik, Gesang, turnerische Aufführungen, Volkstänze der Jugend usw. werden geboten. Der Eintritt ist frei. Es wird auf einen guten Besuch gerechnet.

Wer will helfen, Not zu lindern?

Der unterstütze die Bestrebungen der Arbeiterwohlfahrt, die gegenwärtig eine große Wohlfahrtslotterie veranstaltet, deren Reinertrag ausschließlich zur Verringerung der Not und zur Erhaltung von Wohlfahrtsanstalten bestimmt ist. Das Einzeilos kostet 50 Pfennig. Die Ziehung ist am 20. Dezember ds. Js. Die Gewinnchancen bei dieser Lotterie sind ganz ungewöhnlich günstige, 145 984 Gewinne und eine Prämie im Gesamtwerte von 607 500 Mark werden ausgepielt. Der Höchstgewinn ist ein eingerichtetes Landhaus. Auch die Hauptgewinne sind Landhäuser, weitere Gewinne sind Klaviere, Sprechapparate, Küchen, Motorräder, Nähmaschinen, Fahrräder. Glückstriefe enthalten 10 Lose für 5 Mark.

Neuer Tarif in der Seeschifffahrt

Der dem IFA-Bund angeschlossene Verband deutscher Schiffingenieur-Verband macht bekannt: Mit Gültigkeit ab 1. November 1927 wurde von den am Tarif beteiligten Angehörten-Verbänden mit dem Verband Deutscher Reederei e. V. folgender Zusatztarif vereinbart: Heuerfähre für die Ingenieure und das Maschinenpersonal auf deutschen Seeschiffen über 100 BRL, mit Ausnahme von Fischerei- und Bergungsfahrzeugen, Schleppern und Leuchtern:

	Großbritannien:		See- und Küstenschiffe
	Große Fahrt	Nord- und Inseln	
1. Ingenieur	480.—	440.—	360.—
2. Ingenieur	350.—	303.—	270.—
3. Ingenieur	260.—	242.—	205.—
4. Ingenieur	200.—	185.—	200.—

Alle Ingenieur 275.— Mk.

Maschinen- und Elektriker-Assistenten mit mindestens einem Jahr Fahrzeit als Assistent 132.— Mk., Assistenten mit weniger als einem Jahr Fahrzeit als solcher 108.— Mk., Maschinenunteroffiziere, Vagerhalter, Oberheizer, Schmierer und Hilfssteuermänner 132.— Mk., Heizer 125.— Mk., Trimmer 108.— Mk. Sonderzulage für innere Kesselreinigung gemäß § 17, Ziffer 2 des Manteltarifs 250 Mk. pro Tag. Sonderzulage auf Schiffen mit Hauptmotoren laut § 58 des Manteltarifs: a) auf Schiffen bis zu 1500 BRL: Ingenieure 20 Mk., Maschinenpersonal 12 Mk., b) auf Schiffen über 1500 BRL: Ingenieure 30 Mk., Maschinenpersonal 20 Mk. Schlepper und Seefischer:

	Kleine Fahrt		Nah- und Küstenschiffe
	See- und Küstenschiffe	Nah- und Küstenschiffe	
1. Ingenieur	250.—	245.—	190.—
2. Ingenieur	205.—	190.—	190.—
3. Ingenieur	165.—	190.—	190.—

Assistenten mit mindestens einem Jahr Fahrzeit 125.— Mk., Assistenten mit weniger als einem Jahr Fahrzeit 100.— Mk., Heizer 120.— Mk., Kesselwärter auf Leuchtern 125.— Mk., Kesselwärter auf Leuchtern mit Patent 135.— Mk. Für beide Gruppen gilt weiter folgendes: Das Bespflanzungsgeld beträgt bei ambulanter Krankenbehandlung in Urlaubsfällen, und falls nicht an Bord gefahrt wird, 2,75 Mk., bei ambulanter Krankenbehandlung ohne Bezug von Feuer 3,30 Mk. Für Heberarbeit ist zu zahlen: Vollgrade 0,83 Mk., Junggrade, außer Jungen, 0,45 Mk., Jungen, Mehraun Jungen und Kochjungen 0,28 Mk. Zu gleicher Zeit wurden neue Manteltarife abgeschlossen. — Die bekannten handlichen Taschentarife des Verbandes sind von allen Ortsgruppen des Verbandes zu beziehen.

Hundert Jahre Lithographie und Steindruck in Lübeck

Morgenfeier in der Ernestinenschule

Die vor hundert Jahren in Lübeck erfolgte Einführung von Lithographie und Steindruck sowie der Geburtsstaa des Erfinders

Dreifacher Selbstmord mit politischem Hintergrund

Berlin, 7. November (Radio) Eine furchtbare Tragödie, deren Motive noch nicht geklärt, die aber nach der heiligen Berliner Morgenpresse ohne Zweifel auf politischem Gebiet zu suchen sind, spielte sich am Sonntag abend kurz nach 7 Uhr in dem Hause Grünauer Straße 29 in Köpenick ab. In der Wohnung der Witwe Haag im 4. Stock schossen sich im Zimmer des Sohnes des Hauses der 24 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Wuthe, der 22jährige Maurer Richard Wächling und Albert Haag, der bei der russischen Handelsdelegation in der Lindenstraße beschäftigt ist, in die Schiffe. Während Wuthe sofort tot war, wurden die beiden anderen in hoffnungslosem Zustande in das Köpenicker Krankenhaus gebracht. Die kufstehende „Berliner Montagopost“ schreibt hierzu: „Das Molo der Tat konnten die Ermittlungen, die der Leiter der Nordkommission, Kriminalrat Gennat führte, nicht klären. Unzweifelhaft steht aber fest, daß die Ursache irgend welche Beziehungen zu der politischen Betätigung der drei jungen Leute hat. Alle drei hatten noch gestern an der kommunistischen Demonstration im Volkspark teilgenommen. Die politische Polizei ist deshalb ebenfalls von der Missetat in Kenntnis gesetzt worden und hat noch am späten Abend Nachforschungen über die politische Betätigung der jungen Leute vorgenommen. Hausbewohner schildern die drei als Menschen von ungeheurem Fanatismus, deren ganze Arbeit ihrer Partei galt und die, wie man annimmt, irgend eine furchtbare Enttäuschung in den letzten Tagen erlebt haben müssen.“

Heydebrand freigesprochen

Der Staatsanwalt zieht die Anklage zurück Im Verlauf der Verhandlung des Breslauer Mordprozesses Heydebrand befandete der Sachverständige Professor Dr. Schlager-Berlin, Frau v. Heydebrand habe an schweren nervösen Zuständen und an einer Geschlechtskrankheit gelitten. Professor Förster, der die Verstorbene genau untersucht hat, erklärte, daß er zu einem abschließenden Urteil nicht gekommen sei. — Dr. med. Knorr erzählte von Vorgängen aus den Jahren 1919/20. Schon damals habe sich Frau v. Heydebrand, seinerzeit Frau v. Jodelitz, einer Salvarsankur unterziehen müssen. Er persönlich habe ihr drei derartige Injektionen gegeben. Die Diagnose des Sachverständigen geht dahin, daß bei Frau v. Heydebrand beginnende Paralyse auf syphilitischer Grundlage vorlag, deren Zustand sich im Laufe der Jahre nur verschlimmerte. Nach diesen Aussagen der ärztlichen Sachverständigen erklärte der Oberstaatsanwalt Dr. Möller, daß er auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme und unter Berücksichtigung aller Momente für und wider den Angeklagten die Anklage nicht länger aufrechterhalten könne. Der Schatten des Verdachts sei von dem Angeklagten nicht genommen worden, aber hier habe der alte Grundsatz Geltung: In zweifelhaften Fällen immer zugunsten des Angeklagten. Der Angeklagte wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, das Gericht habe durch die dreitägige Verhandlung die Überzeugung von der völligen Unschuld des Angeklagten gewonnen.

Die Einwohnerzahl der Türkei. Das Ergebnis der allgemeinen Volkszählung, die am 28. Oktober zum erstenmal in der Türkei durchgeführt wurde, wird jetzt vom statistischen Amt veröffentlicht. Sie beläuft sich mit Ausnahme von Stambul auf etwas über 12 Millionen. Die Bevölkerung von Stambul wird auf 800 000 bis eine Million geschätzt; Angora zählt 74 748 Einwohner.

Die Verlobung eines Bürgerdichters. Die Tochter eines österreichischen Großindustriellen machte im Sommer in Ostende die Bekanntschaft eines eleganten Holländers, die zur Verlobung führte. Das Paar fuhr nach Köln, von wo die junge Dame allein zu ihren Eltern nach Wien reisen wollte. Der Bräutigam hatte für die Beförderung des Gepäcks Sorge getragen. Nach der Ankunft in Wien stellte die Braut fest, daß aus dem Koffer ihr Brillantenschmuck im Werte von 25 000 Franz verschunden war. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß die junge Dame auf einen bekannten internationalen Hochstapler hereingefallen war.

Sozialdemokr. Verein Lübeck Achtung! Achtung! Versammlung der tätigen Genossen und Genossinnen sowie der Betriebsvertrauensleute am Mittwoch, 9. Novbr. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

- 1. Die politische Lage. Redner Gen. Dr. Leber.
- 2. Unsere Werbeweche.

der Lithographie, Alois Senefelder (6. November), haben dem Verbands der Lithographen und Steindrucker Anlaß zu einer eindrucksvollen Feier beider Ereignisse. Mit Genugtuung darf konstatiert werden, daß der Hilfsorganisation des Gewerbes eine Veranstaltung gelang, die nach Form und Inhalt auf beachtlicher Höhe stand und alle Teilnehmer, die in der Aula der Ernestinenschule kaum Platz fanden, vollauf befriedigte.

Eingeleitet wurde die Feier mit einer Serenade von Beethoven, von den Herren Franz Rundrat und Schwarz vom Städtischen Orchester unter nachhaltigem Eindruck und starkem Beifall vorgetragen. Namens der Lübecker Hilfsorganisation begrüßte dann deren Vorsitzender, Genosse Wurm, die Teilnehmer, unter denen sich Vertreter des Senates und der Bürgerschaft, der Direktor der Stadtbibliothek, der Gewerkschaft und andere Vertreter öffentlicher oder besetzter Körperschaften und der Unternehmer des Gewerbes befanden.

Zu längerem, von Liebe zu der Kunst des Steins und von tiefer Verehrung für Alois Senefelder getragenen Ausführungen nahm dann der Leiter der Technischen Zentrale des Verbandes, Ernst Herbst (Berlin), das Wort. Das Leben Senefelders ist, so führte der Redner aus, das der meisten Erfinder: unendliche

Schmugglerdrama auf hoher See

13 Mann im Sturm umgekommen. — Minenopfer Freitag entdeckte das litauische Kriegsschiff, das von Memel ausgefahren war, um Schmuggler aufzubringen, ein an der memelländischen Küste als Schmugglerschiff bekanntes Kennboot und verfolgte es bis an die lettlandische Küste. Sonnabend früh versuchte das Schmugglerboot, an der lettlandischen Küste an Land zu kommen, doch wurde es von dem litauischen Kriegsschiff aufgegriffen. Es hatte eine Besatzung von sieben Mann und führte 30 000 Liter Sprit an Bord. Das Kriegsschiff setzte sieben Mann seiner Besatzung an Bord des gefahrenen Schmugglerschiffes und nahm dieses in Schlepptau. Da jedoch die Trosse riß, kam das Boot wieder frei und verschwand in der Dunkelheit. Alles Suchen war vergebens. Mittags stellte sich heraus, daß das Schmugglerboot auf eine Sandbank geworfen wurde. Der Kapitän Hochmann schwamm an Land, um Hilfe zu holen und wurde sofort von der lettlandischen Küstenwache verhaftet. Von dem Boot konnte man nichts mehr sehen, so daß mit Sicherheit angenommen ist, daß es in dem gewaltigen Sturm völlig vernichtet wurde. Die übrigen sechs Mann der Besatzung und die sieben litauischen Soldaten büßten den Tod in den Wellen gefunden haben. An der lettlandischen Küste sind inzwischen 600 Zehn-Liter-Kannen mit Sprit angepölpelt worden.

Der deutsche Dampfer „Möwe“ (965 Brutto-Registertonnen) ist zwanzig Meilen nordwestlich vom Leuchtturm Zeevl auf Oese auf eine schwimmende Mine gestoßen und gesunken. Der Kapitän und 13 Mann der Besatzung sind gerettet, der erste und zweite Maschinist und der Koch sind ertrunken. Der Dampfer „Möwe“ war in den letzten Jahren im Kolonialdienst des Norddeutschen Lloyd von Bremen nach der Ostsee beschäftigt.

Die Hochwasserkatastrophe in Amerika

Zahlreiche Personen ertrunken Neuengland ist, wie schon berichtet, von einer katastrophalen Ueberschwemmung heimgesucht worden. Die Hauptstadt des Staates Vermont, Montpelier, wurde am schwersten betroffen. Die Zahl der Toten allein in dieser Stadt wurde auf etwa 105 bis 200 geschätzt.

Ungewöhnlich starke Regenfälle während des vergangenen Sommers hatten die Flüsse in Connecticut, New-Hampshire, Vermont und Massachusetts zu voller Höhe anschwellen lassen. Es setzte erneut starker Regen ein, der sich an vielen Stellen bis zu festigen Wellenbrüchen steigerte. Die Nebenflüsse der beiden Ströme Connecticut und Merremack ergossen gewaltige Wassermassen in nordwärts errichtete Reservoire, aber alle Schutzdämme brachen zusammen. In Montpelier barst das Reservoir vollkommen, so daß die ganze Stadt überschwemmt wurde. Dabei ertranken zahlreiche Einwohner, die nicht rechtzeitig aus ihren Häusern flüchten konnten. Dutzende von Häusern wurden zerstört, die, die stehen blieben, wurden bis über die Höhe des zweiten Stockwerks unter Wasser gesetzt. Die Brücken wurden niedergedrückt, ganze Viehherden ertranken. Überall wurde das Getreide vernichtet, die Starkstromleitungen unterbrochen.

Auch das Tal des Hudson ist ernstlich bedroht. Der Fluß ist bereits zu einer Höhe von über drei Meter gestiegen. Kanada meldet ebenfalls schwere Ueberschwemmungsschäden, besonders in der Gegend von Quebec.

Ein Wirbelsturm fordert 300 Opfer

Ueber die Stadt Kollur, 150 Kilometer nördlich von Madras, legte ein Wirbelsturm hinweg, der schwere Unheil anrichtete. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind über dreihundert Personen umgekommen und viele Hunderte verletzt worden.

Ueberfall auf einen Chauffeur. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde in Berlin wieder ein Droschkenchauffeur überfallen und durch einen Schuß in die linke Halsseite verletzt. Als Täter kommt wahrscheinlich der von der Berliner Polizei seit mehreren Tagen gesuchte Revolverheld Scharfe in Frage. Scharfe, der erst vor wenigen Monaten aus dem Gefängnis entlassen wurde, dürfte auch die andern in den letzten Tagen verübten Ueberfälle auf Droschkenchauffeure auf dem Korbholz haben.

Arbeit, Mühe und Kämpfe bis zum Gelingen des Wertes, dessen Erragnisse dann dem Erfinder nicht oder nur in geringem Maße zugute kamen. 1771 in Prag als Sohn eines Schauspielers geboren, studierte Senefelder auf Wunsch des inzwischen nach Deutschland übergesiedelten Vaters die Rechte, indes sein Sinn aufs Theater und die dramatische Schriftstellerei gerichtet war. So kam er mit dem Buchdruck in Verbindung. Die hierbei erlangten Kenntnisse in Verbindung mit dem durch Studium erworbenen Wissen auf chemischem und physikalischem Gebiete führten ihn zu allerlei Versuchen auf dem Gebiete der Verdichtungsart, bis ihm 1796 der Solnhofener Kalkstein in die Hände kam und zur Erfindung der Lithographie führte. Trotz dieses Erfolges hinderte mangelnder Geschäftssinn Senefelder lange an der Ausnutzung. Erst 1809 gelang es, die Existenz des Erfinders zu sichern, der 1834 starb, nachdem er den Triumphzug der Lithographie noch erlebt hatte. In Lübeck ist die Kunst Senefelders verhältnismäßig früh eingeführt worden, und mit Befriedigung blicken wir noch heute auf die Erzeugnisse jener Zeit. Gung unter den Kunstgelehrten und Privilegien die weitere Einführung auch nur langsam vor sich, so änderte sich das mit dem Fall der Schranken, und heute sind in Lübeck zehn Steindruckereien in Betrieb, in denen die Kunst liebevolle Pflege findet. Wie auf allen Gebieten, so ist auch hier Qualitätsarbeit notwendig und für diese wiederum Weiterbildung der Gehilfen und entsprechende schulische Ausbildung des Nachwuchses. Wenn sich alle Gewerbeangehörigen dessen bewußt sind, daß wir ein großes Erbe nicht nur erhalten, sondern mehr erhalten müssen, dann wird der Wahrspruch im Wappen der Lithographen in Erfüllung gehen: „Die Steine werden reden.“

Herzlicher Beifall dankte dem Redner, und mit einem Largo von Max Reger schloß die Feier. Im oberen Fluß und im Treppenhause der Ernestinenschule war mit vieler Mühe eine reichhaltige Sammlung von Arbeiten aus allen Gebieten von Lithographie und Steindruck ausgestellt, die unter Führung von Herrn Herbst mit Interesse besichtigt wurden. Durch das Entgegenkommen der Leitung der Stadtbibliothek ist es ermöglicht worden, daß das Material noch einige Zeit im Ausstellungsraum der Stadtbibliothek ausgestellt und damit einem größeren Kreise zugänglich gemacht wird. Der Besuch der von 10—1 und 4—7 Uhr geöffneten Ausstellung ist zu empfehlen.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Haffkrug. Vom Bahnbau. Wie das Neustädter Tagebl. schreibt, scheint die endgültige Fertigstellung der Bahnlinie Haffkrug-Neustadt wieder in weite Ferne gerückt zu sein. Die bei dem Bau des Bahnkörpers beschäftigten Arbeiter sind bis auf einige wenige entlassen, angeblich wegen des schlechten Wetters und schmutzigen Bodens. Seit einem Jahr wird, wie es weiter heißt, nun an einer Strecke von noch nicht 5,4 Kilometer gebaut, aber die Fertigstellung des letzten Kilometers ist nicht abzusehen. Die Reichsbahn scheint die Absicht zu haben, bis zum Eintritt der Frostperiode die Arbeit so zögernd wie möglich fortzuführen, und sie dann bis zum Frühjahr ganz einzustellen. Gefordert wird, daß spätestens zum 1. Mai 1928 die Verbindung Neustadts mit den Ostseebädern fertiggestellt sein müsse.

Lauenburg

Mölln. Die schwarz-weiß-roten Lehrer. Am 21. Juni 1927 fand hier ein Kindervogelschießen statt, zu welchem zwei Trommler- und Pfeiferkorps der Mittelschule und der Volksschule in Tätigkeit traten. Die Schüler hatten sogenannte Helme auf und Säbel umgeschminkt. Es wurde das Lied: „Siegereich woll'n wir Frankreich schlagen“ und „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot“ gespielt. Während nicht eine einzige Fahnen in dem Zuge zu sehen war, waren die Schulmädchen für dieses Vogelschießen schwarz-weiß-rot, ebenso die Schützen. Dies alles ist unter der Leitung der Lehrer vor sich gegangen. Auf eine Eingabe der Republikanischen Reichsverbandstelle Berlin antwortete der Regierungspräsident in Schleswig am 14. Oktober 1927 folgendes: „Die Angelegenheit ist untersucht und das Erforderliche veranlaßt. Wir hoffen, daß, nachdem das Erforderliche veranlaßt worden ist, nunmehr auch solche Vorfälle unterbleiben. Das einzig Erforderliche scheint uns die Entlassung solcher Lehrer zu sein, welche die Kinder in Raats- und volksfeindlichem Sinne erziehen.“

Hansestädte

Hamburg. Genossenschaftliches Sparen. Bei der Sparkasse der „Produktion“ wurden am Weltspartag in ihren gesamten Filialen durch insgesamt 3446 Personen 466 227,07 RM. eingezahlt. Es wurden 607 neue Sparer gewonnen. Im Vergleich zum Weltspartag des Jahres 1926 verdreifachte sich die Zahl der neuen Sparer, während sich die Spareinlagen verdoppelten. Besonders viel Beachtung hat bei den Sparern die Freigabe der aufgewerteten Guthaben gefunden.

Mecklenburg

Kratow. Wegen Doppelmehr werden sich demnächst ein 46 Jahre alter Chauffeur Eduard M. und auch seine Ehefrau zu verantworten haben. Bei Bigamie liegt es in der Regel so, daß nur der eine Teil bei der Eheflehlung gewußt hat, daß der andere schon und noch verheiratet war. In diesem Falle aber waren beide nicht in Unkenntnis. Eine Frau M. aus Kratow forschte nach dem Verbleib ihres Mannes, der sie verlassen hatte, um von ihm Unterhaltskosten für sich und ihre Tochter zu bekommen. Die Spuren führten nach Berlin und hier auf den Chauffeur Eduard M., der mit seiner Frau dort wohnt. Er bestritt, der gesuchte Ehemann zu sein, aber die Frau aus Mecklenburg, die inzwischen nach Neumünster verzogen ist, bleibt dabei, daß er ihr Ehemann sein müsse. An Hand von Lichtbildern und Schriftproben wurde dann auch festgestellt, daß sie sich darin nicht irrt. So überführt, gestand der Chauffeur endlich, daß er zum zweitenmal geheiratet hatte, obwohl er wußte, daß seine Frau noch lebt. Die erste Frau hatte er, wie er sagt, verlassen, weil sie ihn vernachlässigte. Er zog ins Feld, wurde nach dem Kriege Chauffeur und heiratete eine Mecklenburgerin, die jetzt ebenfalls einräumt, gewußt zu haben, daß ihr Bräutigam noch verheiratet war. Dadurch hat auch sie sich strafbar gemacht.

Gemeinderatswahlen der Provinz Lübeck

Stadelsdorf, 7. November.

Die am gestrigen Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahlen in der Provinz Lübeck ergaben folgendes vorläufiges Resultat:

	Bürgerl.	Sozialdem.	Komm.	Mischm.
Eutin-Stadt	9	6	—	—
(bisher 10)	5	5	—	—
Eutin-Land	5	7	—	—
(bisher 6)	6	6	—	—
Malente	7	5	—	—
(bisher 7)	6	5	—	—
Bofau	6	6	—	—
(bisher 6)	3	3	—	—
Redingsdorf	3	3	—	—
(bisher 3)	3	3	—	3
Ahrensböhl	3	3	—	—
(bisher 6)	5	4	—	—
Ahrensböhl-Land	5	4	—	—
(bisher 5)	5	3	1	—
Siblin	5	4	—	—
(bisher 5)	4	3	—	2
Süfel	4	3	—	—
(bisher 3)	7	5	—	—
Gleschendorf	7	3	—	—
(bisher 6)	6	6	—	—
West-Katekau	6	5	—	—
(bisher 7)	7	2	—	—
Ost-Katekau	7	2	—	—
(bisher 7)	8	4	—	—
Schwartau	8	4	—	—
(bisher 8)	5	6	1	—
Stadelsdorf	5	6	1	—
(bisher 6)	3	7	2	—
Kensfeld	3	7	2	—
(bisher 4)	6	2	—	—

Zu der Wahl in Stadelsdorf wird uns geschrieben: Am gestrigen Wahltag wurden Stimmen abgegeben: Sozialdemokraten 999 (870), Kommunisten 256 (224), Bürgerverein 909 (929). Die eingeklammerten Zahlen sind das Ergebnis der letzten Gemeinderatswahl 1924. Die 12 Sitze verteilten sich folgendermaßen: Sozialdemokraten 6 (5), Bürgerverein 5 (6), Kommunisten 1 (1). Demnach haben die Sozialdemokraten 1 Sitz gewonnen, die Bürgerlichen 1 Mandat verloren. Obwohl die Beteiligung gut war, gab es noch viele Arbeiter, die keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machten. Hier müssen wir noch kräftig arbeiten, damit die Frauen und Säuglinge ausgerüstet werden. Würden diese Nichtwähler und die Verspottung der Arbeiterkraft durch die Kommunisten nicht sein, dann könnten die Arbeiter 8 von den 12 Sitzen in der Gemeindevertretung innehaben, wie es vor dem Kriege war. Die bürgerliche Mehrheit ist gebrochen. Nun heißt es für die sozialdemokratischen Wähler, alles daran zu setzen, daß auch bei der am 20. November d. J. stattfindenden Landesauswahl die Sozialdemokraten die Mehrheit bekommen.

Geschichten aus den fünf Erdteilen

Das prüde und das pikante Madrid

Spanien ist das Land der schroffen Gegensätze und der unüberwindlichen Widersprüche. Sehen wir uns z. B. an, wie es hier mit dem Theater aussieht: einerseits eine Zuchtlosigkeit, eine Pruderie ohne Gleichen, andererseits Zotenhaftigkeit, Unzüchtigkeit, Unbilden. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, im sogenannten goldenen Zeitalter der spanischen Literatur, unter Philipp IV., der selbst unter dem „bescheidenen“ Decknamen „un ingenio de la corte“ (Ein Genie der Residenz) als Bühnendichter auftrat, gab es Schauspielerinnen, die zugleich Königsliebchen waren, aber noch in späterer Zeit wurden, wie in China, Frauenrollen von Männern dargestellt. Davon besteht heute nichts mehr... aber noch genug milderliche Geunung. Als vor Jahren hier Weyerleins „Japanstreit“ einstudiert wurde, wäre die Aufführung dieses Stückes fast an den Bedenken der Hauptdarstellerin, der berühmten Rosario Pino, sich, wie vorgeschrieben, einem Partner auf den Schoß zu setzen, gescheitert! „Frau Warrens Gewerbe“ von A. Shaw wurde von allen ausländischen Theatern Spaniens entrichtet zurückgewiesen, denn keine Schauspielerin gibt sich dazu her, die Hauptrolle auch nur zu markieren.

Das alles rührt von der eigenartigen Einstellung des spanischen Darstellers, besonders des weiblichen, zu seiner Rolle her. Er identifiziert sich völlig mit ihr, aber nicht bloß äußerlich, künstlerisch, im Abstand mit seinem persönlichen, privaten Leben, sondern auch persönlich, moralisch. In den vornehmen Schauspielsäulern muß alles so erbar hergehen, wie auf der Amateurbühne eines Mädchenpensionats. Sogar das altspanische klassische Drama scheint zu gewagt. Es wird nicht im Akt, sondern entsprechend umgedichtet aufgeführt... wenn überhaupt. Hier dürfen auf der Bühne, wo die Handlung es erfordert, keine wirklichen Kisse gegeben werden; sie werden nur markiert, oft in geradezu komischer Weise.

Wenn französische oder italienische Truppen in Madrid gastieren und sich, natürlich, nicht an diese Sitten lehren, wird es ihnen nicht im mindesten verübelt, aber für die einheimischen Dichter und Poeten bleibt jede Uebertretung der bestehenden Regeln streng verpönt. Der hervorragende Bühnendichter und Nobelpreisträger Jacinto Benavente hatte einmal davon geträumt, an diesen Zuständen zu rütteln, und stolz erklärt, er mache seine Komödien nicht für das Publikum, sondern für sich ein Publikum für seine Komödien zu machen, aber es ist ihm dies, trotz seines großen Könnens, nur halb gelungen, und ein junger Schauspielschreiber, Moriz, der mit gleichen Absichten auf den Plan trat, hat bislang bloß dummernden Protest erzielt.

Daselbe Publikum nun, das sich moralisch entrichtet vor einem auf vornehmeren Bühnen gegebenen Kuß, zuckt mit keiner Wimper, wenn ihm in gewissen Sommertheatern, Varietés und Kinos die gewagtesten Dinge geboten werden. Auf einigen Bühnen werden sogenannte Tugend- und Bilde darzustellen, die jeder Beschreibung spotten und von „Kunst“ nur das Rohmaterial, den eukalyptischen Körper, haben. Im alten Athen fand Kyrene Gnade vor den Augen der Richter, nachdem ihr Verteidiger diese Augen durch die lächerliche Enthüllung ihrer Keiwe gelendet hatte. Im prüden Madrid kommen nicht allzu selten Fälle vor, die daran erinnern. Nach vor kurzem hatte die Theaterzensur Bedenken erhoben gegen eine „revista“, in der eine bekannte Duetto in einer akzeptanten „Kostüm“ (irgendwie muß man die Ausstattung benennen), allzu pikante Tänze aufgeführt haben sollte. Das corpus delicti war hier eigentlich nicht das Kostüm, das kaum bestand, sondern der schlüpfrige Körper der schönen Künstlerin. Diese mußte sich vor dem hohen Tribunal produzieren, und die gestrenge Herren Richter fanden, daß die Demonzustanten übertrieben hatten, daß das Schauspiel wüst und erhebdend war... und die moderne Salome wurde freigesprochen, das heißt, sie kam davon mit einer ebenso leichten Geldbuße, wie es ihr Tanzkleid ist.

Aus einem Junkerparadies

Vom Amtsgericht Neumarkt in Schlesien wurde ein Gutsinspektor Schönfelder, angestellt auf dem Gute eines Herrn v. Tellenborn in Zieseritz (Kr. Neumarkt) zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Was er sich für diese Bagatelsumme leisten durfte, schildert die „Westauer Volkswacht“:

Als im Juni dieses Jahres der Waisenknabe Eberl angesetzt in einen Garten gestiegen war, um Erdbeeren zu holen, wurde er von dem Inspektor Schönfelder, während die Pflegerinnen abwesend waren, in der Wohnung mit einer Keitpeitsche derart verprügelt, daß er bewusstlos liegen blieb. Der Junge spuckte Blut, war am ganzen Rücken und Gesicht vollständig blau und grün unterlaufen und brach auch in der Schule nochmals ohnmächtig zusammen. Die Pflegermutter ging daraufhin zu dem rohen Menschen, um einen Krankenstchein zu erlangen und zu erklären, daß sie die angeblich gestohlenen Erdbeeren bezahlen wolle. Herr Schönfelder schäme, als die Frau eintrat, den anwesenden Maschinenführer Jöbel hinaus, verriegelte die Tür und stellte sich in Postur, um die wehrlose, schwächliche Landarbeiterin ebenfalls mit der Keitpeitsche zu traktieren. Als sie aber erklärte, keine Angst vor ihm zu haben, beschränkte er sich darauf, ihr Schweißgeruch anzuempfehlen. Der Junge habe es verdient.

Während des geschilderten Vorfalles kam der Assistent Neugebauer und rüttelte an der verschlossenen Tür. Der Inspektor öffnete darauf die Tür und schlug auf den Assistenten

mit der Peitsche ein. Eine Behandlung, die dieser junge Mann, wohl um seine Stelle nicht zu verlieren, schwelend erduldet.

Verdummlich wird der adlige Gutsherr die 50 Mark für seinen Inspektor aus seiner Tasche bezahlen. So schlichte Sachwalter apparatlicher Autorität sind es wert, daß sie vor unbezweifeltem Adelstitel der Justiz geschickt werden.

Budapest, die ärmste Metropole Europas

Das statistische Amt der Hauptstadt Budapest veröffentlicht jedes Jahr die Erwerbsziffern der Bevölkerung. Es sind traurige Ziffern, die den Beweis liefern, daß Budapest tatsächlich die ärmste Metropole Europas ist. Vor allem geht aus der Statistik hervor, daß von der Million Einwohner, die Budapest beinahe erreicht hat, nur die Hälfte Verdienner ist, während die andere Hälfte von dem Erwerb dieser Verdienner lebt, selbst aber nichts verdient. Von der Hälfte Verdienner sind mehr als 50 v. H. Privatangehörige, und zwar 25 000 Bauarbeiter und 25 000 Arbeiter. Von dieser Viertelsumme verdienen 70 000 jährlich rund 113 Mark. Die überwiegende Mehrzahl hat ein Monatsgehalt unter 70 Mark. Die Zahl der weiblichen Angestellten beträgt nahezu 100 000, von denen mehr als die Hälfte weniger als 65 Mark Monatsgehalt bezieht. Die Zahl der männlichen Angestellten beträgt rund 150 000, von denen ein Viertel mit einem Monatsgehalt von unter 75 Mark bezahlt wird. Ein zweites Viertel verdient durchschnittlich 109 Mark ein drittes Viertel 140 Mark, während das letzte Viertel, einige Auserwählte obgerechnet, bis zu 1000 Mark ansteigt. Ueber 1000 Mark verdienen kaum 1000 Angestellte, über 5000 Mark insgesamt neun Fabrikdirektoren.

Interessant ist auch die Berufsstatistik über 25 000 Angestellte beschäftigt die Maschinenindustrie, 13 000 die Nahrungsmittelindustrie, 12 000 die Bahnen, 11 000 die Finanzindustrie, 5000 das Baugewerbe, 7000 die Konfektionsbranche. Die meisten weiblichen Angestellten sind Stenotypistinnen, nur je 6000 sind in der Textilindustrie und in der Konfektionsbranche beschäftigt. Eine traurige Statistik aus dem gelobten Lande Ungarn, wo Horváth regiert.

Rotgardisten bewachen Zarenweine

Sozialdemokratische Beobachter läßt das hohe Synodium des Moskauer Volkswirtschaftsrats nicht nach Rußland hinein, deutschnationalen und völksparteilichen sind willkommen. Allerdings sind ihre Augen für soziale Dinge minder geschult, vielleicht ist das den Sowjetprüfungen gerade recht. Dr. Fritz Schulz-Werzborf, einer der wohlausgenommenen rechtsbürgerlichen Herren, erzählt denn auch ganz in der Art von Leuten, die die Unterhaltung ihres Publikums als Hauptaufgabe betrachten; in seinem sechsten und Schlusssatz in der Täglichen Rundschau bringt er aber eine niedliche Kleinigkeit. Er erzählt vom Weinsteller des Jaren in Massandra auf der Krim:

Er wird von einem Militärausgebot von Rotgardisten bewacht, und immer wieder müssen wir unsere Ausweise zeigen, bis wir zu dem Direktor, einem Kommunisten, durchgelassen werden. Der Weinsteller selbst besteht aus 27 rüchigen Tunnels, die in drei Etagen übereinanderstehend in den Felsen hineingeprengt sind. Sie fassen 300 000 Fiedro (3 000 000 Liter) Wein. Heute sammelt die Sowjetregierung alle Krim- und Kaukasusweine in diesen Kellereien, verarbeitet sie und bringt sie dann in den Handel. Die alten, wertvollen Sorten aus der Zarenzeit werden als unverkäuflich aufgehoben. Der sachmännische Leiter der Kellereien, ein Deutscher aus Geisenheim, führt uns. Zu Tausenden liegen die Fässer voll Wein in den fast endlosen Tunnels. Unbezahlbare Kassen Weines werden uns gezeigt, 1775er Cherry vom Fürsten Wolfonsk, 1837er Madeira, uralte Bordeaux- und Burgunderweine.

Da wir den Sowjetgewaltigen nicht zutrauen, daß sie die besten Weine aufheben, bis sie überflüssig werden, bleibt nur die Annahme; die Zarenweine den Sowjetjaren Wohl bekommen!

Das schlechte System

Es gibt eine Theorie, die das frühzeitige Heiraten empfiehlt. Ein Paar in Siebenbürgen hatte eine „Frühhe“ geschlossen. Eine sehr frühe sogar, denn der Ehegatte war nicht viel mehr als siebzehn und die Gattin gar erst vierzehn Jahre alt, als sie gemeinsam vor den Altar traten. Allein: weder der Segen der Kirche, noch die besondere Genehmigung der Regierung, die erst erteilt worden war, nachdem ein speziell berufenes Fakultetskollegium bestätigt hatte, daß „die Braut schon ehedem sei und einen Mann sehr gut vertrauen könne...“ — dieses ganze innige Zusammenwirken weltlicher und kirchlicher Autoritäten konnte nicht hindern, daß die Freunde der Ehe der jungen Frau nach zwei Monaten bereits zum Halle herausgingen, so daß sie „eines schönen Tages“, wie man so unüberlegt sagt, ihren Gatten verließ, um ins erste Haus zurückzutreten und dort bis auf weiteres das gewohnte Mädchenleben fortzuführen. Weder Bitten noch Drohungen des tiefgefärrten Gatten halfen, so daß dieser, nachdem er sein frühes Tannhäuser-Schicksal etwa ein Jahr lang beklagt, zum Richter gina, von diesem die Lösung der Ehe zu fordern. Der Erfolg war auch ganz auf seiner Seite, die Ehe wurde infolge „Verschuldens der Frau“ geschieden. (Berl. Tagebl.)

Filmchau

Stadthallen-Vorstellungen. Eine niedliche Plauderei: „Die Künigin des Weltbades“, eines der vielen Erlebnisse, die mal möglich sind. Ein liebes Mädchen, die den Drang hat, aus der dumpfen Küstube herauszukommen, um Weltweite spielen zu können, kommt durch glückliche Umstände an einen jungen Lord, der sie nach manchem seelischen Kampf endlich auch, sogar mit dem Segen der fürstlichen Mutter, heimführen darf. Besonders gut ist die Typen der Frauenliebings und großen Porträtmalers Tschakoff, der immer ist und nie Appetit hat. — Auch die „Regina“ ist das übliche Mädchenmärchen. Sie kommt aus finsternen Verhältnissen und wird ausgerechnet von dem großen amerikanischen Millionär und Ingenieur Thomas zur Frau genommen. Das Kolorit des Filmes ist das übliche schwarz-weiß — auf der einen Seite die Verbrechertypen, auf der anderen Seite die vornehmste Welt, lediglich verbunden durch Intrigen und Schleichigkeiten sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite. Weibliche Filme sind Prachtschiffe der Schauspielkunst, aber sie sind auch nur eben dies: irgendwelcher innerer Wert ist weder dem einen noch dem anderen Film zuzuschreiben. Der Kulturfilm, der von der Jugend des Pferdes sprach, ist sehr bescheiden in seinen Ansprüchen. — In der Deutlich-Woche waren Skizzen aus dem Leben fremder Völker gezeichnet. Hier liegt meiner Ansicht nach noch ein wertvolles Gebiet. Wie schön, wenn man durch den Film mit Sitten und Gebräuchen fremder Völker vertraut würde. Man würde manches verstehen lernen und dadurch würde der Film mit zu unfernen Beziehungen zwischen den Völkern beitragen können.

Schauburg. Mehr als einmal haben wir erleben müssen, daß das, was im Kino als Lustspiel serviert wurde, alles andere war als dies. Mit um so größerer Genugtuung darf vermerkt werden, daß die Geschichte von dem Standal in einer kleinen Residenz, die unter dem Titel „Die Hofe“ abrollt, den Namen eines Lustspiels voll und ganz verdient. Nach Carl Sternheims aletchnamiger

Komödie, die hier im Stadttheater gegeben wurde, ist eine überaus späßige Geschichte entstanden, die den Zuschauer gleich zu Anfang in frohe Stimmung versetzt und ihn bis zum Schluß bei guter Laune erhält. Das ist nicht um wenigsten das Verdienst von Werner Krauß, der in seinem Kanjaleitertar Maske eine unübertreffliche Figur geschaffen hat. Wie er seine täglichen Obliegenheiten verrichtet, vor dem Bismarckbilde Haltung annimmt, wie er, den Körper in die Form eines rechten Winkels gebracht, dem Throne des jungen Fürsten nahe, das ist so köstlich dargestellt, daß man ob der Wichtigkeit dieses Lachen, dem wir gewiß alle schon einmal im Leben begegnet sind, lachen muß. Reizend in ihrer Unbeholfenheit die kleine junge Frau Kanjaleitertar mit dem Herzen voller Schmach nach „Erlebnissen“. Sie verliert auf dem Heimwege vom Gottesdienst das intime Kleidungsstück aus Reinwand und verfehlt damit nicht nur ihren Ehemann in Entrüstung, sondern erregt die Aufmerksamkeit des Fürsten und seines Hofnarren und Philosophen. Sie verzeiht angeblich, verbringt in Wirklichkeit die Nacht im Schloß, der Kanjaleitertar wird zum Ober befördert, und mit einem Orden bezaht der Fürst seine Schuld bei dem Betrogenen. So stehen sie lebenswahr vor uns mit ihren kleinen Schwächen: das Ehepaar Maske, die beiden Entlozierer und das ältliche Fräulein von drüben, und am Schluß bedauern wir, daß wirkliche Lustspiele wie dieses hier gar so selten sind. — Geheimnisvoll geht es in dem Pariser Film „Die weiße Spinne“ zu: Einbrüche und Diebstähle bei neureichen Progen und Magerern finden zuletzt ihre Erklärung darin, daß eine Dame der Gesellschaft die Aufmerksamkeit eines von ihr geliebten Mannes erregen wollte und zu diesem Zweck die Diebstähle ingenierte. Bunt wird die Sache durch das Nutreten einer Doppelgängerin, ihrer Zwillingsschwester. Durch Benutzung von Zeitlupe und Spiegel entstanden zum Teil reizvolle Bilder. — In einem Kulturfilm wird uns das Reheherd gezeigt, und in einer amerikanischen Erdores halten „Drei schwarze Jungs“ die Zuschauer eine Zeitlang in froher Laune. — Die Dypel-Wochenchau berichtet anschaulich über einige neuere Erfindungen.

Wertblatt für Schöffen und Geschworene

Wiederholte Anfragen lassen erkennen, daß ein großer Teil der Richter über die Pflichten und Rechte der Schöffen oder Geschworenen im unklaren ist. Die nachstehenden Ausführungen sollen daher für die Gerichte neu zu berufenden Richter sowie für die Richter, die aber auch darüber hinaus einige nützliche Kenntnisse besitzen.

1. Ehrenamt

Das Amt eines Schöffen oder Geschworenen ist ein Ehrenamt (§§ 51, 77, 81 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG.)). Jeder Deutsche hat die Pflicht zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten (Art. 132 der Reichsverfassung).

2. Ablehnung des Amtes

Die Verurteilung zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen durch ein Gericht (§§ 55, 77, 81 GVG.)

- Mitglieder des Reichstags, des Reichsrats, des Reichswirtschaftsrats, eines Landtags oder eines Staatsrats;
- Personen, welche im letzten Geschäftsjahr die Verpflichtung eines Geschworenen oder an wenigstens fünf Sitzungstagen die Verpflichtung eines Schöffen erfüllt haben;
- Ärzte, Krankenpfleger und Hebammen;
- Apotheker, welche keinen Schöffen haben;
- Personen, welche das 65. Lebensjahr zur Zeit der Aufstellung der Urliste vollendet haben oder bis zum Ablauf des Geschäftsjahres vollenden würden;
- Frauen, welche glaubhaft machen, daß ihnen die Fürsorge für die Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert.

Ablehnungsgründe werden nur berücksichtigt, wenn sie der Schöffe oder Geschworene innerhalb einer Woche, nachdem er von seiner Einberufung in Kenntnis gesetzt worden ist, dem Gericht gegenüber geltend macht; sind sie später entstanden oder bekannt geworden, so ist die Urliste von einer Woche erst von diesem Zeitpunkt an zu berechnen (§§ 53, 77, 81 GVG.).

3. Auslösung

Die Reihenfolge, in welcher die Schöffen an den Sitzungen des Schöffengerichts oder der Strafkammer und die Geschworenen an den Tagungen des Schwurgerichts, für welche sie gewählt sind, teilnehmen haben, wird für das ganze Geschäftsjahr im voraus durch Auslösung bestimmt (§§ 45, 77, 68 GVG.).

Eine Veränderung in der bestimmten Reihenfolge kann auf übereinstimmenden Antrag der Schöffen oder Geschworenen bewirkt werden, solange die in der betreffenden Sitzung oder Tagung zu verhandelnden Sachen noch nicht bestimmt sind (§§ 47, 77, 81 GVG.).

Wird bei dem Schöffengericht oder der Strafkammer die Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung erforderlich, so werden die dazu einzuberufenden Schöffen vor dem Sitzungstag besonders ausgelost (§§ 48, 77 GVG.).

4. Heranziehung der Hilfschöffen oder Hilfs geschworenen

Soweit zu den einzelnen Sitzungen die Zuziehung anderer als der zunächst berufenen Schöffen oder Geschworenen erforderlich wird, erfolgt sie aus der Zahl der Hilfschöffen oder Hilfs geschworenen (§§ 49, 77, 81, 91 GVG.). Das gleiche gilt, wenn bei Verhandlungen von längerer Dauer die Zuziehung von Ergänzungsschöffen oder Ergänzungsgeschworenen, welche bei Verhinderung der an erster Stelle berufenen Schöffen oder Geschworenen einzutreten haben, angeordnet wird (§ 192, Abs. 2 GVG.).

5. Entbindung von der Dienstleistung

Der Richter kann einen Schöffen oder Geschworenen auf dessen Antrag wegen eingetretener Hinderungsgründe von der Dienstleistung an bestimmten Sitzungstagen entbinden; die Entbindung kann davon abhängig gemacht werden, daß ein anderer, für das Geschäftsjahr gewählter Schöffe oder Geschworener für ihn eintritt (§§ 51, 77, 81 GVG.).

6. Veräumung einer Sitzung, Zutritt zumen

Schöffen oder Geschworene, die sich ohne genügende Entschuldigung zu der Sitzung nicht oder nicht rechtzeitig einstellen, sind zu einer Ordnungsgeldstrafe in Geld — die bis zu 1000 M. betragen kann —, sowie in die verurteilten Kosten zu verurteilen. Erfolgt nachträglich genügende Entschuldigung, so kann die Verurteilung ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Gegen die Entscheidung kann der verurteilte Schöffe oder Geschworene schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Beschwerde erheben (§§ 56, 77, 84 GVG.).

Wer als Geschworener oder Schöffe eine unwahre Tatsache als Entschuldigung vorbringt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Monaten bestraft. Die vorerwähnten, auf das Nichterscheinen gesetzten Ordnungsgeldstrafen werden durch diese Strafbestimmung nicht ausgeschlossen (§ 138 des Strafgesetzbuches).

7. Beendigung

Die Schöffen und Geschworenen werden bei ihrer ersten Dienstleistung in öffentlicher Sitzung per ebidit (§§ 51, 77, 84 GVG.). Die Beendigung gilt für die Dauer des Geschäftsjahres. Sie erfolgt in der Weise, daß der Vorsitzende an die zu Beendigenden die Worte richtet:

„Sie schwören bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Schöffen (Geschworenen) getreulich zu erfüllen und Ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“

Die Schöffen und Geschworenen leisten den Eid, indem jeder einzeln die Worte spricht:

„Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch unter Weglassung der religiösen Beistandteile der Eidesformel geleistet werden (Art. 177 der Reichsverfassung).

Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben.

8. Fortsetzung der Amtstätigkeit

Erittretet sich die Dauer einer Sitzung über die Zeit hinaus, für welche ein Schöffe oder Geschworener zunächst einberufen ist, so hat er bis zur Beendigung der Sitzung seine Amtstätigkeit fortzusetzen. Ebenso bleiben die Geschworenen, welche zu einer Tagung des Schwurgerichts einberufen sind, bis zum Schluß der Tagung zur Mitwirkung auch dann verpflichtet, wenn sich die Tagung über den Schluß des Geschäftsjahres hinaus erstreckt (§§ 50, 77, 89 GVG.).

9. Entschädigung

Schöffen und Geschworene erhalten eine angemessene Entschädigung für den ihnen durch ihre Dienstleistung entstandenen Verdienstausschlag und für den mit der Dienstleistung verbundenen Aufwand, sowie Ersatz der Fahrkosten usw. nach näherer Maßgabe des § 55 GVG. und der Verordnungen vom 18. März 1921 (Reichsgesetzblatt I, S. 282) und 22. Dezember 1925 (Reichsgesetzblatt I, S. 471).

10. Unparteilichkeit

Strengste Unparteilichkeit ist die oberste Pflicht eines jeden, der als Berufs- oder Laienrichter über seine Mitmenschen zu Gericht zu sitzen berufen ist. Der Richter muß auf das ernstlichste bestrebt sein, Regungen der Zuneigung oder der Abneigung, die er gegenüber einem bestimmten Angeklagten aus irgend einem Grunde hegen mag, bei seiner amtlichen Stellungnahme auszuschließen. Fühlt sich ein Schöffe oder Geschworener in seinem Urteil einem bestimmten Angeklagten gegenüber nicht völlig frei oder liegt sonst ein Grund vor, der geeignet ist, Mißtrauen gegen seine Unparteilichkeit zu rechtfertigen, so hat er das dem Gericht anzuzeigen; dieses wird darüber entscheiden, ob er in der Sache mitwirken kann.

In seinem äußeren Verhalten muß der Schöffe oder Geschworene jeden Anschein vermeiden, der geeignet sein könnte, bei anderen Personen Zweifel an seiner Unparteilichkeit zu erwecken. So wäre es z. B. nicht zu billigen, wenn ein Schöffe oder Geschworener sich vor, während oder nach einer Verhandlung mit einem Angeklagten oder Beurteilten oder mit einer für ihn handelnden Person über den Fall in eine Erörterung einzulassen würde. Zurecht wird — jedenfalls bis zum Schluß der Verhandlung — jede private persönliche Berührung mit dem Angeklagten und mit dessen Umgebung vermieden.

11. Stellung der Schöffen und Geschworenen im Gericht

Schöffen und Geschworene sitzen das Nichtamt während der Hauptverhandlung in vollem Umfang und mit gleichem Stimmrecht wie die an der Verhandlung teilnehmenden Berufsrichter aus und tragen dieselbe Verantwortung für das Urteil wie diese. Sie entscheiden die Schuld- und Straffrage gemeinsam mit den Berufsrichtern.

Sie nehmen an allen während der Hauptverhandlung zu erlassenden Entscheidungen des Gerichts teil, auch an solchen, die in keiner Beziehung zu der Urteilsfällung stehen und die auch ohne mündliche Verhandlung erlassen werden können. Der Vorsitzende hat den Schöffen und Geschworenen auf Verlangen zu gestatten, Fragen an die Zeugen und Sachverständigen zu stellen. Sie sind berechtigt und verpflichtet, selbst auf die Aufklärung derjenigen Punkte hinzuwirken, die ihnen wesentlich erscheinen (§§ 30, 77, 82 GVG., § 210 der Strafprozessordnung).

Die Ergänzungsschöffen und Ergänzungsgeschworenen (vergl. oben Nr. 4) nehmen an der Verhandlung teil. An der Beratung und an den zu erlassenden Entscheidungen nehmen sie, so lange sie nicht für einen verhinderten Schöffen oder Geschworenen eingetreten sind, nicht teil. Im übrigen haben sie dieselben Rechte und Pflichten, wie die an erster Stelle berufenen Schöffen und Geschworenen; insbesondere ist ihnen ebenso wie diesen zu gestatten, Fragen an die Zeugen und Sachverständigen zu stellen.

12. Abstimmung

Zu einer jeden, dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung, welche die Schuldfrage oder die Bemessung der Strafe betrifft, ist

eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen erforderlich. Beim Schwurgericht müssen also mindestens sechs beim kleinen Schöffengericht (Jugendgericht) und bei dem weiteren Schöffengericht (Jugendgericht) mindestens drei und beim großen Jugendgericht und bei der großen Strafkammer mindestens vier Mitglieder der Gerichts für die Bejahung der Schuldfrage und für die auszuprechende Strafe stimmen.

Zur Schuldfrage gehört auch die Frage nach solchen von den Strafgesetzen vorgesehenen Umständen, welche die Strafbarkeit ausschließen, vermindern oder erhöhen; sie umfaßt nicht die Frage nach den Voraussetzungen des Rückfalls oder der Verjährung.

Zur Straffrage gehört auf die Frage, ob mildernde Umstände vorliegen.

Abgesehen von der Schuld- und Straffrage erfolgen die Entscheidungen des Gerichts nach der absoluten Mehrheit der Stimmen.

Wirden sich in einer Strafsache, von der Schuldfrage abgesehen, mehr als zwei Meinungen, von denen keine die erforderliche Mehrheit für sich hat, so werden die dem Beschuldigten nachteiligsten Stimmen den zunächst minder nachteiligen so lange hinzugegerechnet, bis sich die erforderliche Mehrheit ergibt. Wirden sich in der Straffrage zwei Meinungen, ohne daß eine die erforderliche Mehrheit für sich hat, so gibt die mildere Meinung. Ergibt sich bei dem mit zwei Richtern und zwei Schöffen besetzten Schöffengericht (Jugendgericht), abgesehen von der Schuld- und Straffrage, Stimmengleichheit, so gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Schöffen und Geschworenen stimmen nach dem Lebensalter; der jüngere stimmt vor dem älteren. Sie stimmen vor den Richtern. Nur wenn ein Richter vom Vorsitzenden zum Richterlaten ernannt ist, stimmt dieser zuerst vor den Schöffen oder Geschworenen. Der Vorsitzende stimmt zuletzt.

Kein Schöffe oder Geschworener darf die Abstimmung über eine Frage verweigern, weil er bei der Abstimmung über eine vorhergegangene Frage in der Minderheit geblieben ist (§ 203 der Strafprozessordnung, §§ 195 bis 197 GVG., § 18 des Jugendgerichtsgesetzes).

13. Amtverschwiegenheit

Die Schöffen und Geschworenen sind verpflichtet, über den Hergang bei der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu beobachten (§ 198 GVG.).

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Der gestern vor Nord-England und dem nördlichen Nordsee-Eingang gelagerte Wirbel ist unter Stellung weiter Südwestwärts vorgerückt. Ein Wirbel liegt über der Nordsee, der andere über Mittelengland. Beide gehen langsam unter Verlagerung ostwärts. Weiter Süd-England liegt noch ein Ausläufer. Dieser wird sich zu einem Sturmwind entwickeln, dessen Jagdrichtung eine östliche bis nordöstliche sein wird. Etwa morgen Abend werden wir in seinem Bereich kommen.

Wahrscheinliche Witterung am 7. und 8. November
Frühling bis Nacht, zeitweise bläuliche Südwestwinde, später nordwestliche Winde, wechselnd bewölkt, zeitweise Niederschläge, kühl.

Schiffsnachrichten

Über die Linie

D. „Sankt Lorenz“ ist am 4. November 9 Uhr in Neufahrwasser angekommen.
D. „Kanal“ ist am 4. November 7 Uhr in Neval angekommen.
D. „Sankt Jürgen“ ist am 4. November 20 Uhr von Riga nach Lübeck abgegangen.

Angelommene Schiffe

4. November
D. Seeadler 1, Kapt. Nemo, von Danzig, 3 1/2 Tg. — D. Gullberg, von Rostock, 1/2 Tg. — M. Kurt, Kapt. Müller, von Stockholm, 8 Tg. — M. Inge, Kapt. Hansen, von Kiel, 1 Tg. — M. Sonne, Kapt. Lorenzen, von Suedenborg, 2 Tg. — M. Emma, Kapt. Geener, von Rensle, 3 Tg. — D. Kong Ragner, Kapt. Erksen, von Hamburg, 1 Tg. — D. S. D. Jppen 11, Kapt. Bartels, von Steinhilber, 1 Tg.

5. November

D. Thigland, Kapt. Sörensen, von Kolding, 1 Tg. — S. Hottberg, Kapt. Franck, von Neustadt, 2 Tg. — M. Vorwärts, Kapt. Richter, von Burgsteden, 1 Tg.
D. Soanen, Kapt. Westström, von Helsingfors, 1 Tg. — D. Olga, Kapt. Kops, von Rensle, 3 Tg. — D. Dornburg, Kapt. Wassmann, von Emben, 3 Tg. — M. Eldorado 11, Kapt. Hansen, von Altona, 1 Tg.

6. November

D. Africa, Kapt. Jansson, von Helsingfors, 2 1/2 Tg. — M. Dana, Kapt. Friis, von Halmstad, 8 Tg. — D. Holland, Kapt. Koroson, von Kopenhagen, 1 Tg. — M. Vella, Kapt. von Aster, von Neustadt, 3 Tg. — D. Wils, Kapt. Mann, Kapt. Santowski, von Emben, 2 Tg. — M. Erica, Kapt. Proderfen, von Rostock, 10 Tg. — D. Naukula, Kapt. Lundgren, von Tornea, 7 Tg. — D. Dernen, Kapt. Berndson, von Gothenburg, 29 Tg.

7. November

D. Glüdsburg, Kapt. Holm, von Looe, 2 Tg. — M. Palme, Kapt. Hansen, von Ansborg, 1 Tg.

Abgegangene Schiffe

4. November
M. Helga, Kapt. Hansen, nach Suedenborg, Kali. — M. Ulmo, Kapt. Schöpfle, nach Neustadt, Südgut. — D. Daria, Kapt. Sörensen, nach Rostock, leet. — D. Gotland, Kapt. Eckerbrock, nach Rostock, leet. — M. Hof, Kapt. Jönsson, nach Bergvik, Glasland. — D. Soanen, Kapt. Stenfeldt, nach Gothenburg, Südgut.

5. November

D. Neptun, Kapt. Tod, nach Looe, leet. — M. Ellen, Kapt. Rossmussen, nach Ansborg, Britfels. — M. Gerda, Kapt. Jensen, nach Suedenborg, Kali. — S. Zeus, Kapt. Friis, nach Sude, Kali. — S. Jban, Kapt. Hansen, nach Fredericia, Britfels. — M. Emma, Kapt. Kopper, nach Neustadt, Kali. — M. Vella, Kapt. Christensen, nach Rostock, Kopenhagen. — M. Vega, Kapt. Petersen, nach Rostock, Kali. — D. Reinhard, Kapt. Schwenn, nach Burg a. R., Südgut. — M. Vela, Kapt. Mortensen, nach Suedenborg, Ton. — M. Anne, Kapt. Sörensen, nach Rostock, Südgut. — D. Seeadler 1, Kapt. Nemo, nach Wismar, Südgut. — D. Dornburg, Kapt. Wassmann, nach Neustadt, leet. — S. Hottberg, Kapt. Franck, nach Neustadt, leet. — D. Nordstjernon, Kapt. Deman, nach Südgut. — D. Dornburg, Kapt. Wassmann, nach Danzig, leet. — S. Soanen, Kapt. Santowski, nach Halmstad, Rost. — D. Kong Ragner, Kapt. Erksen, nach Sude, Südgut. — D. Gullberg, Kapt. Deberg, nach Stockholm, Südgut. — D. Tärnan, Kapt. Müller, nach Gothenburg, Südgut.

6. November

D. Planet, Kapt. v. Reij, nach Stockholm, Südgut. — D. Wiborg, Kapt. Burmeister, nach Wiborg, Südgut. — M. Sophie, Kapt. Clausen, nach Rostock, Südgut. — D. Patricia, Kapt. Nordlund, nach Rostock, Südgut. — M. Christian, Kapt. Lorenzen, nach Halmstad, Kali. — D. S. D. Jppen 11, Kapt. Bartels, nach Steinhilber, Südgut. — D. Helge, Kapt. Wegner, nach Danzig, leet. — D. Inghland, Kapt. Sörensen, nach Dornburg, leet. — S. Africa, Kapt. Mortensen, nach Wiborg. — D. Dornburg, Kapt. Wassmann, nach Danzig, leet.

Lübeck-Wiburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft

D. „Bürgermeister Eshenborg“ ist am 3. November 21 Uhr von Looe nach Altona abgegangen.
D. „Bürgermeister Eshenborg“ ist am 5. November 11 Uhr in Altona eingetroffen.

Ranalfahrt!

Eingehende Schiffe

Nr. 799, Bekkling, Lübeck, 82 To. Kies, von Gültter. — Nr. 6838, Heinrich, 600 To. Britfels, von Rostock. — Nr. 906, Haase, Lübeck, 134 To. Kies, von Gültter. — Nr. 914, Aldermann, Lauenburg, 183 To. Südgut, von Hamburg. — Nr. 1914, Krause, Altona, 183 To. Rastbürgel, von Suedenborg. — Nr. 819, Schöft, Lauenburg, 155 To. Kielen, von Hamburg. — Nr. 302, Borchert, 146 To. Holz, von Rostock. — Motorfahrn Bromberg, Schiffe Neumann, 138 To. Südgut, von Magdeburg. — Nr. 651, Goeke, Charlottenburg, 142 To. Südgut, von Magdeburg. — Motorfahrn Klara, Rüste, Meckede, 92 To. Reinhardt, von Hamburg.

Ausgehende Schiffe

Nr. 758, Seidelmann, Lauenburg, 107 To. Röhrtien, nach Hamburg. — Nr. 2327, Graenhoff, Altona, 105 To. Röhrtien, nach Al. Wittenberge. — Nr. 2372, Neumann, Lauenburg, leet. nach Hamburg. — Nr. 2750, Weder, 66 To. Röhrtien, leet. nach Hamburg. — Güterdampfer Paula, Schiffe Röhrtien, 201 To. Südgut, nach Magdeburg. — Güterdampfer Hamburg, Schiffe Röhrtien, leet. nach Hamburg. — Nr. 722, Stallbaum, Lübeck, leet. nach Gültter. — Nr. 1834, Schulz, Hamburg, 237 To. Bretter, nach Hamburg. — Nr. 1250, Wilmking, Bittkau, 401 To. Südgut, nach Altona und Dresden. — Nr. 880, Johs. Stallbaum, Lübeck, leet. nach Gültter. — Nr. 831, Stallbaum, Lübeck, leet. nach Altona. — Nr. 9054, Vooge, Hamburg, leet. nach Altona. — Nr. 602, Sauer, Röhrtien, leet. nach Hamburg. — Nr. 682, Thiele, Röhrtien, leet. nach Hamburg. — Nr. 678, Schmitt, Hamburg, leet. nach Gültter.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. F. Weber.
Für Redaktion: Carl W. Bauer.
Für Inserate: Carl W. Bauer.
Druck und Verlag: Friedr. Neumann, Neudamm 14 in Lübeck.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten

Revolutionenfeier

am Freitag, 11. Novbr. abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Aufführung des Proletarischen Sprechchors:

◆ 1914—1927 ◆

Ein Spiel mit Chor nach Bruno Schönland
Ernst Toller und Theobald Tiger

Unkostenbeitrag 30 Pf. Karten im Volksboten
im Gewerkschaftshaus, bei Leismann und Zieho

Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Secretariat Johannisstr. 43 L. Telephone 22450.

Sprechstunden: 11—1 Uhr und 4—6 Uhr. Sonntags nachmittags geschlossen.

Kittsch, SPD, Mittwoch, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Diedelmann. Genosse Ehrenholdt spricht über den 9. November.

Travemünde, SPD, Mittwoch, den 9. November, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im „Kolosseum“. Tagesordnung: Der 9. November. Redner: Gen. Dreger.

Sozialdemokratische Frauen

Markt, Dienstag, den 8. November, abends 8 Uhr in der Schule Heinrichstraße: Versammlung. Unser Programm: Aussprache über unsere Verbände, Lieder zur Laute und Vorträge.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Bureau: Johannisstraße 43.

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 5 1/2—7 1/2 Uhr

Achtung, Ortsverband! Am Dienstag, dem 8. November findet unsere Sitzung um 7 Uhr im Jugendheim, Königstraße, statt.

Achtung, Funktionäre! Am Dienstag abends um 8 Uhr findet eine wichtige Funktionärsitzung statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Mitteilung; 2. Aufbau unseres Funktionärskörpers und die Tätigkeit der Funktionäre (Referent Gen. W. Wülfelmann); 3. Änderung unserer Hinweise im Lübecker Volksboten; 4. Bericht über die Tätigkeit unserer Funktionäre; 5. Bericht über den Unterbezirksleiter, die Arbeitsgemeinschaften, die Regionalleiter, der Regionalleiter, der Bezirksleiter, der Ortsleiter und je ein Ausschussmitglied aus Jugendchor, Mandolinengruppe, Geisengruppe und der Spielstube.

Mitglieder! Wir ersuchen darum, zur Abhaltung von Lichtbildvorträgen uns Aufnahmegeräte mitzubringen, um zur Verfügung stellen zu können. Wir bitten um die Unterbezirksleitung.

Achtung, Jugendchor! Alle Chormitglieder kommen zu um 8 Uhr ins Heim der Abteilung Stadt. Wichtige Besprechung.

Proletarischer Sprechchor

Dienstag, den 8. November, pünktlich 8 Uhr abends Neben im Gewerkschaftshaus, Saal. Es muß unbedingt jeder kommen.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Solbarbeiter-Jugend, Achtung, Jugendleitung! Die für Montag festgesetzte Sitzung findet erst am Freitag abends 8 1/2 Uhr im Bureau statt. Die Zusammenkunft am Freitag abends 8 1/2 Uhr ist auf die Revolutionenfeier im Gewerkschaftshaus, Karten zum Preise von 30 Pf. sind beim 2. Obmann, Koll. Lubberich, zu haben.

Hinweise auf Verammlungen, Theater usw.

Stadthallen-Konzert und Ball. Am Freitag, dem 11. November, nachm. von 4 bis 7 Uhr, abends von 8 bis 11 Uhr einmaliges Gastspiel der 1. russischen Kammeroper, Leitung Dr. Smertskoff. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß es sich hier um die Originalgesellschaft handelt, welche schon seit sieben Jahren die ganze Welt bereist und nicht mit ähnlichen Gesellschaften dieser Art zu verwechseln ist. Das wunderbare Ballett-Orchester, der prächtige russische Männerchor, Nationaltänze und die einzig dastehende Ballett-Orchesterleitung, die alle Bewunderer aller Völker in unerschöpflichen Stunden. Eine Wiederholung kann nicht stattfinden. Karten sind noch im Vorverkauf sowie an der Abendkasse zu haben.

Die Lübecker Frauengruppe des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus ladet ihre Mitglieder zu der am 10. November stattfindenden Jahresversammlung ein. Treffpunkt 8 Uhr nachmittags in der Kaffeeküche der Drechlerlei (Gade Untertrave). Nach Bestätigung der Jahresversammlung Gang nach dem Abtinnung-Kaffee Untertrave 100, wo Herr Friedrich einige Mitteilungen über die Lübecker Winterhilfe machen wird. Darauf (ca. um 6 Uhr) Besuch der Solisten-Kaffeeküche. Freunde der Sache sind auch als Nichtmitglieder willkommen.

Arbeiter-Sport

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportgenossen Max Cornehl, Gr. Gabelgasse 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Arbeiter-Radfahrerband Solidarität, Ortsgruppe Lübeck. Am Mittwoch, dem 9. November, abends 8 Uhr findet unsere Versammlung statt. Tombolafeier mit Gewinn, den 12. November, abends 8 Uhr abgefeiert werden, mündenfalls gelten sie als verkauft.